Heute 10 Seiten

Einzelpreis 20 gr

Posener Tageblatt

Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł, mit Zustellgeld in Posen 4.40 zł, in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.40 zł, vierteljährlich 13.10 zł. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmk. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes", Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Inh.: Concordia Sp. Akc.). Fernsprecher 6105, 6275.



Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt Anzeigen-Abteilung Poznań 3 Aleja Marszałka Piłsudskiego 25. — Postscheckkonto in Polen: Concordia Sp. Akc. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

76. Jahrgang — Poznań (Posen), Freitag, 5. Februar 1937 — Nr. 28

Budget des Finanzministeriums

Starke Zunahme der Steuereingänge

Beamten-Sondersteuer wird bis zum 31. März 1938 verlängert

Warschau, 4. Februar. Der Haushaltsausschuß des Sejms erörterte am Mittwoch den letzten, aber wohl wichtigsten Teil des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1937/38, und zwar

das Budget des Finanzministeriums.

Der Berichterstatter, Abg. Holyński, begann mit einer Erörterung der Steuereinkünfte. Die Gesamtsumme der Einnahmen, die aus Abgaben und Monopolen erzielt werden sollen, beträgt 1 922 [illegible]0 000 Zloty, wovon sich die veranschlagte Einnahme aus öffentlichen Abgaben ohne die Monopole auf 1 291 000 000 Zl. beläuft. Außerdem sollen beim Staatsschatz noch bestimmte, oben nicht einbegriffene Steuersummen für den Arbeitsfonds, den Militär-Einquartierungsfonds sowie den Wegebaufonds einlaufen, die eigentlich den Charakter von Steuern haben. Wenn man das Jahr 1928 mit der Steuerziffer 100 in Anrechnung bringt, dann betragen die Einkünfte aller für das Jahr 1937/38 vorgesehenen öffentlichen Abgaben 90 ohne Zölle. Berücksichtigt man auch die Steuern, die im gegenwärtigen Budget aufgeführt werden, aber im Jahre 1928 nicht erhoben wurden, dann kommt die Ziffer 97 heraus. Wenn wir die Erhöhung der Steuern, die damals erhoben wurden und jetzt erhöht sind, in Betracht ziehen, dann erhalten wir 98 Prozent dessen, was im Jahre 1928 an Steuern einkam, d. h. im Jahre der besten Konjunktur.

Die Einnahmen aus den Monopolen sind von 100 auf 71 gesunken, d. h. daß die Einnahmen dort, wo der Steuerzahler sich vor der Steuer durch Einschränkung seines Bedarfs selbst schützen kann, die damalige Höhe nicht erreichen. Nehmen wir aber allein die indirekten Steuern, dann werden wir sehen, daß sie uns im kommenden Haushaltsjahre 109 Prozent dessen geben sollen, was sie im Jahre 1928 gebracht haben.

In den Vergleichsziffern, die unser Wirtschaftsleben charakterisieren, sehen wir einen großen Rückgang, der 30—40, ja sogar 50 Prozent erreicht. Wenn wir das berücksichtigen, dann übersteigt der reale Wert der Steuersummen, die im kommenden Jahre einlaufen sollen, die Steuersumme aus dem Jahre 1928 sehr beträchtlich.

Aus dieser Sachlage müßte man den Schluß ziehen, daß die Steuern sofort herabzusetzen wären. Leider kann der Referent, wie er sagte, im Hinblick auf das Haushaltsgleichgewicht einen solchen Antrag nicht stellen.

Bei Besprechung der Verwaltungsausgaben betonte der Berichterstatter, daß man ihrem Anwachsen einen Damm entgegensetzen müsse, und daß die Ueberschüsse an Einnahmen für produktive Ausgaben Verwendung finden sollten. Diese Frage könne nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Ressorts gelöst werden. Die Besoldungen sind in der Finanzverwaltung niedriger als in anderen Teilen der Gesamtverwaltung. Es bestünden aber gewisse Möglichkeiten, auch ohne eine Erhöhung der für die Besoldungen bestimmten Gesamtsumme eine gewisse Besserung der Sachlage zu erreichen, und der Referent kündigt die Einbringung entsprechender Vorschläge an.

Bezüglich der Ruhestandsgehälter müsse man die Notwendigkeit einer Reform ernstlich erwägen.

Was die Fonds betrifft, so wies der Berichterstatter darauf hin, daß sie in der Form, wie sie im Budget veranschlagt sind, geradezu eine Fabrik weiterer Verschuldung wären. Er zeigte dann, wie diese Verschuldung aussieht und was zu ihrem Anwachsen beitrug. Aus den Rechnunsabschlüssen für die Zeit von 1928/29 bis 1934/35 geht hervor, daß die Gesamtsumme der in dieser Zeit durchgeführten Investitionen etwa 1 250 000 000 Zl. beträgt, wovon auf Post und Eisenbahn 1 039 000 000 Zl. entfielen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Vizeminister Grodyński, daß eine Reform des Steuersystems gegenwärtig nicht möglich sei. Die Sondersteuer für die Beamten soll bis zum 31. März 1938 verlängert werden.

Amerikanische Juden gegen Polen

Beschuldigungen gegen die polnische Regierung

Die Polnische Telegraphenagentur berichtet ausführlich über eine Aktion der amerikanischen Juden im Zusammenhang mit der Judenfeindlichkeit in Polen. Die Meldungen sind aus New York datiert und haben folgenden Wortlaut:

Am Sonntag fand in New York im Hotel Commodore eine außerordentliche jüdische Versammlung zur Besprechung der Lage der Juden in Polen statt. Den Vorsitz führte Red. Margoschetz, der in seiner über einstündigen Rede sich mit dem Offenen Brief des New Yorker Polnischen Journalistensyndikats (siehe weiter unten!) befaßte. Er schloß seine Ausführungen mit einer kurzen Erörterung der in Polen herrschenden Verhältnisse. Anschließend wurde ein längeres Referat verlesen, das zum Schluß von der Versammlung einstimmig gebilligt wurde.

Darin werden im Hinblick auf die Lage der Juden in Polen Beschuldigungen gegen die polnische Regierung erhoben.

Rabbiner Wise hielt eine längere Ansprache, in der er sich ebenfalls mit dem Offenen Brief des New Yorker Polnischen Journalistensyndikats beschäftigte, worauf er ausführlich die letzte Sejm-Rede des Außenministers Beck behandelte.

Hervorzuheben ist, daß die Stimmung auf der Versammlung ruhiger war als auf den bisherigen. In den Ausführungen der Redner war ein versöhnlicher Grundzug Polen gegenüber nicht zu verkennen, dem u. a. der Vorsitzende in folgenden Worten Ausdruck gab:

„Wir brechen die Brücken nicht ab, mag die polnische Regierung den ersten Schritt machen, und wir sind bereit, die Hand auszustrecken."

Offener Brief polnischer Journalisten

Das Syndikat der Polnischen Journalisten in Amerika, Ortsgruppe New York, veröffentlicht in der „New York Times" einen Offenen Brief an den Redakteur Margoschetz, den Leiter der am Sonntag in New York stattgefundenen jüdischen Versammlung.

Der Offene Brief protestiert gegen die letzten Veröffentlichungen von Margoschetz, in denen die Lage der Juden in Polen in falschem Licht dargestellt wird. Des weiteren werden in dem Offenen Brief die Ursachen der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Juden in Polen erörtert, wobei auf die verschiedentlich noch schlimmere Notlage der polnischen Bauern hingewiesen wird. Weder den Juden noch den Christen sei es bisher gelungen, ein besseres Heilmittel gegen diese Lage der Dinge ausfindig zu machen als Emigration. Unter Hinweis auf das energische Vorgehen der polnischen Regierung bei der Unterbindung judenfeindlicher Ausschreitungen, wird in dem Brief festgestellt, daß in den Auswanderungsvorschlägen der polnischen Regierung die einzige praktische Lösungsmöglichkeit der Judenfrage zu erblicken sei. Diese Argumente müßten gewürdigt werden, die Stimmung dürfe nicht durch Hervortreten beeinflußt werden, die die Zusammenarbeit mit der Judenschaft zur Ausfindigmachung einer gerechten Lösung der Gesamheit des Problems nur erschwerten.

Stellungnahme Becks

Es ist bezeichnend, daß Außenminister Beck sich veranlaßt sah, im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung dem Vertreter der „New York Times" ein Interview zu geben, in dem er u. a. erklärte: „Polen ist nicht antisemitisch. Der Charakter der Judenfrage ist nicht politischer, sondern wirtschaftlicher und sozialer Art. Es ist seit jeher der Grundsatz der polnischen Politik, lieber vorzubeugen, als später zu heilen, lieber den Leidenschaften eine Schranke zu setzen, als sie später zu bekämpfen. Der polnische Außenminister verwies weiter auf eine der letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten General Składkowski im Parlament, nach welcher sämtlichen Staatsbürgern ohne Ansehen ihres Bekenntnisses die Sicherheit gewährleistet wird. Die polnische Regierung, so legte Beck weiter dar, hat das Auswanderungsproblem nicht aus antisemitischen Gründen aufgeworfen. Das Problem, das vor der Völkerbundsversammlung angeschnitten wurde, betrifft gleichermaßen Juden wie Polen.

Namenstag des Staatspräsidenten

Der Namenstag des polnischen Staatspräsidenten Prof. Mościcki wurde am Montag in ganz Polen mit herzlicher Anteilnahme der gesamten Bevölkerung am persönlichen Ergehen des Staatsoberhauptes gefeiert.

Stadt und Land hatten Flaggenschmuck angelegt, um auch dadurch der Verbundenheit mit dem Staatspräsidenten Ausdruck zu geben. In Warschau waren in allen Schulen Feiern vorgesehen, die der Persönlichkeit, dem Lebensgang und dem Werk des Staatspräsidenten gewidmet sein sollten, jedoch mußten diese Veranstaltungen im Hinblick auf die Grippeferien verlegt werden. Die Glückwünsche der Regierung und der übrigen Zentralbehörden wurden im Warschauer Stadtschloß dem Staatsoberhaupt übermittelt.

Engere türkisch-italienische Zusammenarbeit

Die Außenminister-Zusammenkunft in Mailand — Der amtliche Bericht

Mailand, 3. Februar. Die Besprechungen zwischen dem türkischen und dem italienischen Außenminister am Mittwoch hatten vormittag eine Dauer von etwa zwei Stunden und wurden nachmittags mit einer etwa ¾stündigen Unterredung fortgesetzt. Nach Abschluß der Zusammenkunft wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

„Der italienische Außenminister Graf Ciano und der türkische Außenminister Rüschdü Aras trafen sich heute in Mailand und hatten einen umfassenden Gedankenaustausch, in dessen Verlauf im Geiste des italienisch-türkischen Vertrages vom 30. Mai 1928 die verschiedenen, beide Länder interessierenden sowie allgemeine Fragen behandelt wurden.

Den Abmachungen von Montreux über das Meerengenproblem und die gegenseitigen Stellungen im östlichen Mittelmeer wurde dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Aus diesem freundschaftlichen und ins einzelne gehenden Gedankenaustausch hat sich in klarer Weise ergeben, daß

Italien und die Türkei durch keinerlei Fragen getrennt

werden und daß zwischen den beiden Staaten nur Gefühle des gegenseitigen Vertrauens bestehen können. Es werde weiter der Wille und die Nützlichkeit für beide Regierungen festgestellt, im Interesse der italienisch-türkischen Beziehungen und des allgemeinen Werkes für den Frieden zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne sind die beiden Außenminister übereingekommen auf dem normalen Weg der beiderseitigen diplomatischen Kanzleien weiter in Verbindung zu bleiben um die Ergebnisse des Gedankenaustausches praktisch wirksam zu gestalten."

Außenminister Graf Ciano gab den ausländischen Pressevertretern eine kurze Erklärung ab, in der er betonte,

daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der bisherigen Verträge fortgesetzt würden.

Er sei überzeugt, daß sich die Wiederaufnahme engerer Beziehungen zwischen Italien und der Türkei für beide Länder günstig auswirken werde, so daß sich das Verhältnis der beiden Staaten normal entwickeln könne. Mit großer Befriedigung habe er sich im Laufe der Unterhaltung davon überzeugen können, daß auch die Türkei von dem aufrichtigen Willen für Zusammenarbeit beseelt sei.

Eine wertvolle Wiederanknüpfung

Mailand, 4. Februar. Das Ergebnis der Besprechungen zwischen Graf Ciano und Rüschdü Aras wird von der norditalienischen Presse mit großer Zustimmung kommentiert. „Popolo d'Italia" stellt fest, das Zusammentreffen von Mailand kennzeichne die Wiederaufnahme herzlicher Beziehungen zwischen Italien und der Türkei.

Die Feststellung, daß es zwischen Italien und der Türkei bei den die beiden Länder angehenden Fragen keine Gründe zu Meinungsverschiedenheiten gebe, sei von grundlegendem Wert.

Rom trete für die Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer ein und lasse der Türkei was ihr gebühre.

Die Zusammenkunft von Mailand, so schreibt der „Corriere de la Sierra" sei der klare Beweis dafür, daß die Regierung von Ankara ihre Vorurteile gegen Italien vollständig fallengelassen habe. Es gelte nun die seit 1928 verlorene Zeit wieder einzuholen. Es sei zu begrüßen, daß die Lösung der Fragen des östlichen Mittelmeers in einer direkten Aussprache zu zweien ohne Einmischung von internationalen Organen von der Art des Völkerbundes, ohne Bezugnahme auf nebelhafte Gedankengänge und äußere Garantien gelungen sei.

In der Frage der Meerengen sei zwar keine Entscheidung getroffen worden, aber es

habe ein von großem Verständnis getragener Gedankenaustausch stattgefunden. Die Mailänder Zusammenkunft habe keine eigentlichen Beschlüsse, aber bedeutungsvolle Feststellungen gebracht.

Sie sei kein Abschluß, sondern ein Schritt, oder — besser gesagt — eine Wiederanknüpfung im Rahmen der italienischen Außenpolitik,

stelle sie doch einen bedeutungsvollen moralischen und diplomatischen Erfolg dar. Auf dem internationalen Feld bedeute sie einen neuen Faktor der Sicherheit und der Stabilität, nichts anderes, aber dies sei schon viel.

Diplomatenempfang bei Hitler

Berlin, 3. Februar. Der Führer und Reichskanzler gab heute zu Ehren der bei ihm weilenden fremden Missionschefs ein Abendessen, an dem sämtliche in Berlin anwesenden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger, sowie die Reichsminister, die Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine, die Staatssekretäre, mehrere Reichsleiter, der Reichsführer der SS, der Stabschef der SA und der Korps-Führer der NSKK, sowie die Generalinspektoren des Straßen- und des Bauwesens teilnahmen.

Sir Phipps geht nach Paris

Wie aus London amtlich gemeldet wird, hat König Georg VI. die Ernennung des britischen Botschafters in Berlin, Sir Eric Phipps, zum Nachfolger des in wenigen Monaten zurücktretenden Botschafters in Paris, Sir George Clerk, gebilligt. Sir Eric Phipps, der damit in absehbarer Zeit von seinem Berliner Posten scheiden wird, ist im Mai 1933 zum Botschafter in Berlin ernannt worden, nachdem er vorher die englische Gesandtschaft in Wien fünf Jahre geleitet hatte.

Debatte über Kolonialforderung

Paris, 3. Februar. Der „Exzelsior“, der vom Quai d'Orsay häufig als Sprachrohr benutzt wird, beschäftigt sich mit den Kolonialforderungen Deutschlands, betont die Einheitlichkeit der Auffassungen über dieses Problem zwischen den beiden größten Kolonialmächten der Welt, Frankreich und England, und erklärt dann, daß die Kolonialfrage nicht von der Gesamtheit der politischen Probleme getrennt werden könne. In französischen Kreisen weist man darauf hin, daß damit zum erstenmal in verschleierter Form von französischer Seite die Bereitwilligkeit angedeutet worden sei, mit dem Reich überhaupt in eine Aussprache über die Kolonialforderungen einzutreten.

Mandate statt Kolonien

London, 3. Februar. Lord Noel Buxton, ein Oberhausmitglied der Arbeiterpartei, wird am 17. Februar eine Entschließung im Oberhaus einbringen, wonach die Regierung ersucht wird, mit den Regierungen der Dominions und anderer Kolonialmächte in Verbindung zu treten, um das Mandatssystem auf einen großen Teil anderer britischer und sonstiger Kolonien auszudehnen. Der Antrag wird damit begründet werden, daß der Besitz von Kolonien bei der heutigen politischen Lage, die andere Staaten von den Vorteilen kolonialer Entwicklung und des Kolonialhandels ausschließt, Gefahren in sich trägt.

Neues Sicherheitssystem in Westeuropa

London, 3. Februar. Außenminister Eden hatte heute im Unterhaus eine Reihe von außenpolitischen Anfragen zu beantworten. Er bezog sich dabei zumeist auf frühere Erklärungen, denen nichts hinzuzufügen sei.

Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß Eden von Vorbereitungen für Verhandlungen über ein neues Sicherheitssystem in Westeuropa sprach. Er erwähnte diese Vorbereitungen, deren Einzelheiten man gegenwärtig berate, als er über einen definitiven Vertrag zur Garantie der vom Führer erwähnten Neutralität für Belgien und Holland befragt wurde.

Die Frage der vertraglichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, so antwortete Eden, werde bei den erwogenen Besprechungen angeschnitten werden. Zu der neuerdings ausgesprochenen deutschen Kolonialforderung und den am 31. März vorigen Jahres von Deutschland angeregten Verhandlungen über den Frieden Europas verwies Eden auf frühere Erklärungen. England stehe weiter auf dem Boden seines Communiqués vom 23. Juli.

Die Wirren in Sianfu

Schanghai, 3. Februar. Radikale Elemente der ehemaligen Nordost-Armee Tschanghsueliangs in Sianfu, die mit der einlenkenden Haltung ihrer Führer gegenüber Nanking nicht einverstanden sind, forderten am Dienstag die Widerrufung des Rückzugsbefehls auf dem linken Ufer des Wei-Flusses. Sie meuterten, als ihre Forderung abgelehnt wurde, und ermordeten, Central-News zufolge, den Kommandeur der 67. Armee Wangicheh.

Aasgeier unter sich

Die Uneinigkeit unter den spanischen Bolschewisten

Salamanca, 3. Februar. Der immer schärfer werdende Kampf der einzelnen bolschewistischen Gruppen untereinander geht deutlich aus einem Rundfunkaufruf der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft an die Madrider Bevölkerung hervor. Die von den Bolschewisten und ihren anarchistischen Helfershelfern in unsagbares Elend gestürzte Einwohnerschaft wird darin aufgefordert, sich durch Reden des Bolschewistenhäuptlings Largo Caballero nicht „bestechen“ zu lassen. Die „alten Parlamentspolitiker“ wollten, daß die Bevölkerung für sie in den Schützengräben kämpfe, während sie sich selbst in Valencia in Sicherheit befänden.

Der Aufruf weist weiter darauf hin, daß sich von dem von den bolschewistischen Machthabern eingesetzten „Gemeinderat“, in dem übrigens chaotische Zustände herrschten, 37 der 50 Mitglieder nach Valencia geflüchtet und die Madrider Bevölkerung in schwierigster Lage zurückgelassen hätten.

Die Bevölkerung wird wissen, was sie von diesem „Aufklärungsfeldzug“ der mit den Mörderbanden Moskauer Schlages gemeinsame Sache machenden Anarchosyndikalisten zu halten hat.

Aus einer weiteren Meldung der bolschewistischen Sender geht hervor, daß in den Provinzen Vizcaya, Santander und Asturien eine neue „Gemeinschaftspartei“ gegründet werden soll. Unabhängig von der marxistischen Partei in dem übrigen von den Bolschewisten beherrschten Teil Spaniens solle sie alle noch bestehenden marxistischen Parteien dieser drei Provinzen zusammenfassen. Der Leiter dieses neuen Parteigebildes soll Gonzalez Pena werden, einer der Haupträdelsführer der berüchtigten asturischen Revolte des Jahres 1934. Pena hat darüber hinaus auch den unter aufsehenerregenden Umständen verübten Millionenraub in der Bank von Oviedo ausgeführt.

Aus Valencia wird schließlich noch das Erscheinen einer neuen anarchistischen Zeitung „Nosotros“ bekannt. Schon in der ersten Nummer werden die bei Raub, Mord und Plünderung mit den Anarchisten im trauten Verein stehenden bolschewistischen Machthaber in den gröbsten Ausdrücken angegriffen.

Fliegerbomben auf bolschewistische Stellungen

Salamanca, 3. Februar. Berichte der bolschewistischen Rundfunksender lassen erkennen, daß die nationalen Flieger bei der Bombardierung der bolschewistischen Stellungen bei Malaga, Velez-Malaga und Motril gute Erfolge zu verzeichnen hatten. In diesem Zusammenhang wird von nationaler Seite der Untergang eines bolschewistischen Schiffes „Navarro“ bei Cartagena mitgeteilt.

Scharmützel an der spanischen Südfront

Der Alkazar von Toledo wird freigelegt

Salamanca, 4. Februar. Wie der Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca meldet, gab es am Mittwoch leichtes Geschützfeuer an einigen Frontabschnitten der Nordarmee, während die Südarmee kleine Scharmützel hatte. Die nationalen Truppen konnten teilweise ihre Stellungen verbessern. Hierzu wird von der Madrider Front ergänzend gemeldet, daß die nationalen Flieger trotz schlechten Wetters die befestigten Stellungen der Bolschewisten in und um Madrid mit Bomben belegt und größeren Schaden verursacht hätten. Die Artillerie nahm die bolschewistischen Schützengräben an der Toledofront unter heftiges Feuer.

Am Mittwoch wurde der Anfang gemacht, den durch monatelange bolschewistische Beschießung stark beschädigten, teilweise eingestürzten Alkazar von Toledo wieder aufzubauen. Die Arbeiten werden größtenteils von bolschewistischen Gefangenen ausgeführt, die zunächst begonnen haben, den Schutt wegzuräumen und die noch stehenden Mauern freizulegen.

20 Italiener in Barcelona verhaftet

Paris, 3. Februar. Die Bolschewisten von Barcelona haben 20 italienische Staatsbürger verhaftet. Die Festnahmen werden damit in Zusammenhang gebracht, daß, wie die Bolschewisten behaupten, in Barcelona angeblich eine weitverzweigte Spionage-Organisation aufgedeckt worden sei.

Gleichzeitig ist an der französisch-katalanischen Grenze auch ein Franzose verhaftet worden, dem von den Bolschewisten ebenfalls Spionage vorgeworfen wird. Es handelt sich um einen Steuereinnehmer aus Narbonne, der an der Grenze zwischen dem französischen Ort Cerbère und der spanischen Stadt Port Bou spazierenging. Er wurde von bolschewistischen Grenzwachen festgenommen, weil er angeblich photographische Aufnahmen gemacht habe.

Bolschewistische Milizen plündern Madrider Lebensmittellager

Salamanca, 3. Februar. Die nationalen Sender berichten, daß in Madrid mehrere für die Zivilbevölkerung bestimmte Lebensmittellager von den bolschewistischen Milizen gestürmt und geplündert worden seien.

Regelmäßige Freiwilligentransporte

Paris, 4. Februar. „Echo de Paris“ berichtet über zahlreiche neue Freiwilligentransporte für Spanien. Das Blatt betont dabei, daß am Mittwoch und Freitag jeder Woche regelmäßig von Bordeaux aus Freiwillige abgehen, und zwar je 25—30 Mann, die sich in einer Bar sammeln.

Am 28. Januar haben ferner 240 Freiwillige die französisch-spanische Grenze bei Port Bou passiert. Sie kamen in drei Eisenbahnwagen aus Toulouse.

Das spanische bolschewistische Schiff „Rita Garcia“ lief am 29. Januar aus dem Hafen von Bordeaux mit dem Ziel Santander aus. Es hatte 70 Freiwillige und eine bedeutende Ladung von Kriegsmaterial an Bord.

Englisches Kriegsschiff beschossen

Von spanischen Bolschewisten.

London, 3. Februar. **Wie die Abendzeitungen in großer Aufmachung melden, ist das britische Schlachtschiff „Royal Oak“, das sich mit der Heimatflotte auf der Fahrt ins Mittelmeer befindet, von drei Flugzeugen der spanischen Bolschewisten in der Nähe von Gibraltar mit Bomben beworfen worden. Die Bomben fielen in etwa 100 bis 300 Meter Entfernung von dem Schlachtschiff ins Wasser, so daß kein Schaden verursacht wurde. Der britische Geschäftsträger in Valencia hat um Aufklärung des Vorfalls ersucht und die Einleitung von Maßnahmen gefordert, damit derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden würden.**

Radikalsozialisten kündigen der Volksfront die Freundschaft

Die Abhängigkeit von Moskau wird unbehaglich

Paris, 4 Februar. Die so viel gepriesene Volksfront scheint sich doch nicht mehr der ungetrübten Zuneigung all ihrer Anhänger zu erfreuen Das kommt recht eindeutig zum Ausdruck in einem Beschluß, den die Vorstände der Radikalsozialistischen Partei und der radikalsozialistischen Jugend im Bereich des Departements Allier in einer gemeinsamen Sitzung im Rathaus von Vichy faßten. Beide Organisationen haben beschlossen, erst „an dem Tage wieder ihren Platz im Rahmen der Volksfront einzunehmen, an dem die Sozialisten die republikanische Disziplin wieder achten“. Weiter setzte man sich für eine Verstärkung der Propaganda und eine Verbesserung der Organisation der Radikalsozialistischen Partei im Departement Allier ein.

Während sich die Radikalsozialisten des Departements Allier gegen die Sozialisten gewandt haben, revoltieren, so meldet der „Jour“, die Radikalsozialisten von La Rochelle gegen die Kommunisten.

Die Radikalsozialisten hätten genug vom Kommunismus, der täglich mehr die Volksfront erfasse.

Der radikalsozialistische Vorstand habe nun eine einmütige Entschließung gefaßt, in der die Leiter der Partei aufgefordert werden, klare Beschlüsse zu fassen, welche Haltung gegenüber der Volksfrontbewegung einzunehmen sei.

Die Parteileitung möge ebenfalls beschließen, ob die Verbindung mit einer Partei der äußersten Linken, die von Moskau abhänge, weiter aufrechterhalten werden soll.

Jedenfalls werden die Radikalsozialisten von La Rochelle bis zu einer diesbezüglichen Beschlußfassung durch die Parteiführung vorläufig vermeiden, durch Redner oder Abordnungen an Volksfrontkundgebungen mitzuwirken, an denen sich Kommunisten beteiligen.

Englands Elendsgebiete

Die soziale Lage des Industriegebietes von Lancashire im Unterhaus

London, 4. Februar. Im Unterhaus wurde am Mittwoch abend ein Antrag eines Abgeordneten der Labour-Party besprochen, der auf die bedauerliche soziale Lage im Industriegebiet von Lancashire hinweist und die Regierung auffordert, der dortigen Bevölkerung den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren. Ein Mitglied der Labour-Party erklärte, daß in Lancashire allein 670 000 Personen vom Staat oder von der Oeffentlichkeit unterstützt werden müssen. Der Abgeordnete sprach über die erschreckend hohe Kindersterblichkeit in Lancashire. Der Vorstoß fand starken Anklang unter den Abgeordneten, und die Regierung entkam nur mit knapper Not einer Niederlage, da der Antrag mit nur 7 Stimmen Mehrheit (99 : 92) abgelehnt wurde.

Zum Rücktritt des ungarischen Innenministers

Budapest, 3. Februar. Der Reichsverweser Admiral von Horthy ernannte den zurückgetretenen Innenminister von Kozma zum lebenslänglichen Mitglied des Oberhauses. Mit der Leitung des Innenministeriums wurde Ministerpräsident Daranya betraut. In einem Handschreiben sprach der Reichsverweser dem scheidenden Innenminister seinen wärmsten Dank für seine Leistungen aus.

Japans Reichstag vertagt

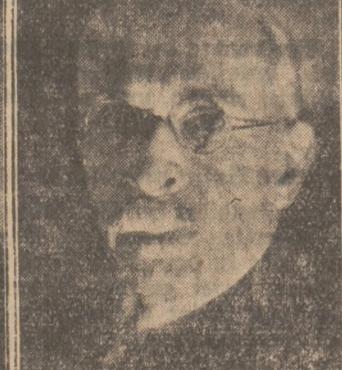
Tokio, 3. Februar. Das neue Kabinett Hayashi, das gestern von den zurückgetretenen Ministern die Amtssiegel erhalten hat, ist in seiner ersten Sitzung übereingekommen, zunächst den Reichstag bis zum 10. Februar zu vertagen, den Etat und alle anderen Gesetzentwürfe der alten Regierung zurückzuziehen und durch neue Entwürfe zu ersetzen, die Posten der parlamentarischen Vizeminister nicht neu zu besetzen und bis zum 10. Februar täglich eine Kabinettssitzung abzuhalten.

Das vermißte englische Zeitungsflugzeug zerstört aufgefunden

London, 3. Februar. Das englische Zeitungsflugzeug, das am Dienstag morgen von Renfrew nach Liverpool startete und seitdem vermißt wurde, ist völlig zerstört aufgefunden worden. Von den Insassen fehlt jedoch bisher jede Spur. An Bord des Flugzeuges, das von „Daily Expreß“ gechartert war, befanden sich außer einem Pressephotographen und einem Funkfachmann des Blattes, der Luftreporter des „Daily Expreß“ Major Harold Pemberton.







Zwei neue Reichsminister ernannt.

Anläßlich der endgültigen Unterstellung der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter die Hoheit der Reichsregierung hat der Führer und Reichskanzler die Personalunion in der Leitung des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums aufgehoben. Reichsverkehrsminister Freiherr v. Eltz-Rübenach (rechts) schied aus dem Kabinett. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Julius Dorpmüller (links) wurde Reichsverkehrsminister, und der Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Ohnesorge (Mitte) wurde Reichspostminister

Das Polentum in Deutschland

Von Dr. Fritz Morré

(Schluß)

Vorsitzender des Polenbundes ist seit Jahren Pfarrer Dr. Domański-Buschdorf (Grenzmark Posen-Westpreußen). Geschäftsführer und eigentlicher Träger der Arbeit der Berliner Zentrale ist Dr. Kaczmarek. Der Bund hat sich in den gesamten Verkehr der polnischen Minderheit mit den Behörden und, wie schon gezeigt, in Westoberschlesien auch mit dem Völkerbund eingeschaltet. Die Zeitschrift „Kulturwehr" veröffentlichte in zwei Sonderheften ca. 250 Eingaben polnischer Minderheitsangehöriger aus den Jahren 1933 und 1935, deren sich der Polenbund angenommen hat, und gibt dadurch ein anschauliches Bild von dessen Tätigkeit und Erfolgen für die polnische Volksgruppe. Danach erstreckt sich die Wahrung der Interessen polnischer Volksgruppenmitglieder durch den Polenbund nicht nur auf Kirchen-, Schul- und Wahlangelegenheiten oder auf Beseitigung von Paßschwierigkeiten, Anerkennung von polnischen Vereinigungen, Genossenschaften und Banken, sondern auch auf die Herbeiführung von amtlichen Entscheidungen, zum Beispiel über Zwangsmitgliedschaft Minderheitsangehöriger im Reichsnährstand, in der Deutschen Arbeitsfront oder anderen berufsständischen Organisationen. Ferner auf Vermittlung von Arbeit, Einberufung zum Arbeitsdienst, zur Landhilfe oder des Reichserbhofgesetzes auf Minderheitsangehörige; Fälle, wie Anwendung des deutschen Grußes in Minderheitsschulen oder Eintragung polnischer Vornamen in die standesamtlichen Geburtsregister sind aus einem Einzelvorkommnis heraus vom Polenbund zu grundsätzlichen Fragen gemacht worden. Der Polenbund im Deutschen Reiche gehört zu den stärksten Stützen des Weltbundes der Auslandpolen, dessen engeren Vorstand sein Leiter Dr. Domański angehört. Bei der zweiten Tagung der Auslandpolen 1934 stellte die Volksgruppe aus Deutschland die größte Teilnehmerzahl. Aeußeres Abzeichen ist das „Rodło", das vereinfacht den Lauf der Weichsel darstellt und versinnbildlichen soll: „Wir sind Polen, wir gehören zur polnischen Nation, deren Wiege der Kultur Krakau ist und ihr treuer Fluß die Weichsel." Organ des Polenbundes ist die Monatsschrift „Polak w Niemczech". Für die heranwachsende Jugend wurde der „Młody w Niemczech" und für die Kinder das Blatt „Mały Polak" ins Leben gerufen.

Die polnische Tagespresse geht wie die Organisation auf die Vorkrieszeit zurück. Die bedeutendsten Zeitungen sind die in Oppeln erscheinenden „Nowiny Codzienne", der „Dziennik Raciborski" in Ratibor, die „Gazeta Olsztyńska" in Allenstein, für die Grenzmark Posen-Westpreußen „Głos Pogranicza" in Flatow, der „Mazur" in Ortelsburg, der als bewußtes Propagandablatt gelten kann, der „Dziennik Berliński" in Berlin und für Rheinland-Westfalen das in Herne erscheinende Blatt „Naród". Die Gesamtauflage beträgt nach polnischen Angaben 7500—8000 Stück. Außerdem erscheinen noch Wochen- und Monatsschriften religiösen, belehrenden oder unterhaltenden Inhalts. Ueber die Gleichgültigkeit vieler Polen gegen ihre Presse und die geringe Bezieherzahl wird häufig in den polnischen Zeitungen geklagt.

Dem Polenbund steht auf seinem Gebiete der polnische Schulverband, der „Związek Polskich Towarzystw Szkolnych w Niemczech", an Bedeutung nicht nach. Es erscheint deshalb ganz natürlich, daß, um die Aktionskraft zu stärken, der Leiter des Verbandes polnischer Schulvereine, Szczepaniak, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Polenbundes ist. Die ersten polnischen Schulvereine entstanden 1921 in Allenstein und 1922 in Stuhm. 1923 wurde dann der Verband der polnischen Schulvereine in Berlin gegründet, der aber erst nach Erlaß der preußischen Verordnung zur Regelung des Schulwesens der polnischen Minderheit vom 31. Dezember 1928 eine stärkere Tätigkeit entfaltete. Diese Verordnung erleichterte die Errichtung polnischer Minderheitsschulen außerordentlich und gewährte bei einer Mindestzahl von 40 Kindern eine Staatsunterstützung. Nach polnischen Angaben unterhält der Verband polnischer Schulvereine heute 60 Schulen mit rund 1600 Schülern, 24 Kindergärten (für 340 Kinder), das Gymnasium in Beuthen mit über 200 Schülern und etwa 150 polnische Sprachkurse mit rund 4200 Teilnehmern. Diese Zahlen werden von polnischer Seite allgemein als den wahren Bedürfnissen nicht entsprechend dargestellt. Besonders die innerpolnische Presse bringt laufend Nachrichten von der „Schulnot" der polnischen Kinder im Deutschen Reiche. Schärfer noch sind die „Entschließungen", die regelmäßig auf den Tagungen des polnischen Westverbandes in dieser Angelegenheit gefaßt werden. Bei der liberalen Regelung des polnischen Minderheitsschulwesens durch die Verordnung von 1928 ist diese Einstellung der polnischen Oeffentlichkeit nicht ganz verständlich.

Bei der ausgesprochenen Ausrichtung der Arbeit des Weltbundes der Auslandpolen auf die Jugend ist es erklärlich, daß die Heimat wie die führenden Kreise der Volksgruppe im Deutschen Reich ihr besonderes Augenmerk auf die polnische Jugend richten und hier Hand in Hand arbeiten. So werden jeden Sommer Kinder in großer Anzahl ins Mutterland geschickt, um dort in besonderen „Sommerkolonien", die meist der polnische Westverband unterhält, eine nationalpolitische Schulung zu erhalten. In Warschau wurde eine eigene „Gesellschaft zur Unterstützung der polnischen Jugend in Deutschland" ins Leben gerufen.

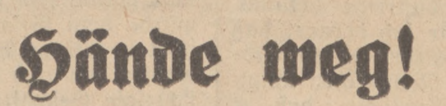
Die zu einem Verbande zusammengeschlossenen Jugendvereine der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reich sind dem Polenbund ebenso angegliedert wie zum Beispiel auch der „Verband der Polinnen in Deutschland". In den letzten Jahren ist in der Erfassung der Minderheitsjugend immer mehr der polnische Pfadfinderbund hervorgetreten. Auf der Pfadfindertagung in Beuthen im Frühjahr 1935, zu der 95 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen waren, wurde festgestellt, daß die Mitgliederzahl zurzeit etwa 1000 betrage und ständig im Wachsen sei. Zum großen Pfadfindertreffen in Spala bei Warschau im Juli 1935 konnten schon 2000 Teilnehmer entsandt werden. Nach längerer Unterbrechung tagte 1935 auch der „Verband polnischer Sokóls in Deutschland" in Berlin. Die Verbundenheit mit dem polnischen Gesamtvolke demonstrierte die Anwesenheit einer Sokół-Abordnung aus Großpolen. Unter anderem wurde beschlossen, anläßlich der Olympiade in Berlin 1936 ein großes Sokół-Fest zu veranstalten und die inner- und auslandpolnischen Sokół-Vereine zur Teilnahme aufzufordern. Zur Förderung interner Sportveranstaltungen der Volksgruppe besteht der „Ausschuß für den polnischen Sport in Deutschland". Die polnische akademische Jugend an den Universitäten Berlin, Breslau und Königsberg besitzt in allen drei Städten Studentenhäuser, die der Polenbund unterhält. Am 16. Februar 1935 schloß sie sich zum „Verband der polnischen Akademiker in Deutschland" zusammen, der bei seiner Konstituierung Telegramme an den Führer des Polenbundes, Dr. Domański, und an den Präsidenten des Weltbundes der Auslandpolen, Raczkiewicz, richtete.

Zur planmäßigen Schaffung einer akademischen Führerschicht innerhalb der Volksgruppe gehört in besonderem Maße die Förderung eines polnischen Priesternachwuchses. Das ist bei der Rolle, die die polnische katholische Geistlichkeit im Organisationsleben spielt, verständlich. Die deutsche katholische Kirche trägt dem zum Beispiel in der Ausbildung der Theologiestudenten in Paderborn durchaus Rechnung. Die Polen fordern aber „als Minimum" einen polnischen Bischof in Oppeln und ein polnisches Priesterseminar.

Die stärksten Anknüpfungspunkte an das Leben der Vorkriegszeit fand das Polentum in seinem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Erbe der alten gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse wurde die „Polnische Berufsvereinigung" mit ihrem eigenen Presseorgan „Jednozcenie". Nach Angaben des „Polak w Niemczech" zählt sie ungefähr 50 000 Mitglieder in Schlesien, Rheinland und Westfalen.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens der Minderheit ist am weitesten in Westoberschlesien vorgeschritten. Hier gibt es auch die meisten polnischen Genossenschaften. 1931 wurden 17 gezählt, darunter „Banki Ludowe" in Oppeln, Gleiwitz, Beuthen, Ratibor, Oels, Kosel, Strehlitz, Glogau, je ein „Rolnik" in Oppeln, Strehlitz, Glogau, eine „Bank Rolników" (Bauernbank) in Oppeln, alles Formen, deren Bedeutung für den wirtschaftlichen Volkstumskampf sich schon in der Vorkriegszeit gezeigt hat. Im ganzen Reiche gab es 1930/31 31 Genossenschaften mit rd. 1450 Mitgliedern. Außer in Schlesien entstanden u. a. in der Grenzmark Posen-Westpreußen „Bank Ludowe" in Flatow, Buschdorf, Groß-Dammer, Neu-Kramzig, ein „Rolnik" in Flatow; in Pommern eine „Bank Ludowy" in Bernsdorf, Kreis Bütow; in Westfalen eine „Bank Robotników" (Arbeiterbank) in Bochum; in Berlin die Bank „Pomi" (Hilfe). Alle diese Einzelgründungen schlossen sich später im „Związek Spółdzielni Polskich" (Verband polnischer Genossenschaften) zusammen. Umsätze wie Spareinlagen des Verbandes sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Als finanzielle Zentrale wurde im Februar 1933 in Berlin die „Bank Słowiański" mit einem Stammkapital von 150 000 RM. ins Leben gerufen. Nach übereinstimmenden polnischen Angaben hat die „Slawische Bank" ihren Zweck als Motor des polnischen Wirtschaftslebens bisher in bester Weise erfüllt.

Es ist natürlich daß das Mutterland an diesem, unmittelbar seinen Grenzen vorgelagerten völkischen Außenposten besonderen Anteil nimmt. Die Unterstützung ist hauptsächlich finanziell. Der „Hilfsverein für die polnische Jugend in Deutschland" zum Beispiel hat bis 1934 rund 400 000 Złoty ins Reich überwiesen. Aber neben der geldlichen Betreuung betrachten gerade der „Weltbund der Auslandspolen" und der „Westverband" die Förderung der kulturellen Verbundenheit mit dem Mutterland als wichtigste Aufgabe. Man denke nur an die jährlich steigende Kinderverschickung, an Studienstipendien und Vortragsreisen. Und schließlich berichtet die innerpolnische Presse über keine Auslandsgruppe so regelmäßig und ausführlich wie über die polnische Minderheit im Deutschen Reiche.



Hände weg!

Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt für Polen":

Als die Jungdeutsche Partei vor drei Jahren auf den Plan trat, erklärte sie dem deutschen Genossenschaftswesen den Krieg und verlangte, daß die Genossenschaften die von ihnen in jahre- und jahrzehntelangem Fleiß angesammelten Reserven an diejenigen verteilten, die Geld haben wollten. Sie versuchte, die Schuldner gegen die Leitung der Genossenschaften aufzubringen und dergleichen Unfug mehr. Wenn man heute die jungdeutschen Parteiblätter liest, könnte man bei oberflächlichem Hinsehen fast glauben, daß sie zu Sprachrohren unserer genossenschaftlichen Arbeit geworden seien. „Hinein in die Genossenschaften! Jeder Deutsche in Polen muß einer Genossenschaft angehören!" So und ähnlich heißt es jetzt in fetten Schlagzeilen.

Es heißt, daß im Himmel mehr Freude über einen reuigen Sünder sei als über tausend Gerechte. Aber über einen Sünder, der nur aus taktischen Gründen „bekehrt" erscheinen möchte, wird noch weniger Freude sein als über einen sogenannten hartgesottenen. So muß auch im Genossenschaftswesen die plötzliche Bekennerfreude solcher Leute verdächtig wirken, die bisher für unsere Genossenschaften nur üble Nachrede gehabt haben und die bisher verbreiteten, daß unsere Genossenschaften Zinswucher trieben. Wenn man sich die Leute ansieht, die mit großem Lärm plötzlich in ihrer Art Propaganda für das Genossenschaftswesen machen wollen, dann wird der Pferdefuß sichtbar.

Auch anderswo im Ausland gibt es diese Art Leute. So bringt die jungdeutsche Zeitung kürzlich einen gleichgestimmten Zeitungsartikel aus Südslawien, der seine Aufgabe darin erblickt, die Leitung der dortigen deutschen Genossenschaften zu verdächtigen. Nicht etwa das Genossenschaftswesen an sich! Beileibe nicht! Nein: „Wir können nicht auf die Genossenschaften verzichten! Denn sie sind ein wichtiges Lebensgebiet unseres Volkes! Wir können nicht gegen die Genossenschaften sein und sind es auch nicht, da sie die wirtschaftliche Grundlage der Volksgemeinschaft darstellen werden. (!) Aber wir sind gegen die Führung und gegen den Geist, den diese Führung in unsere Genossenschaften hineingetragen hat!"

Damit wären wir glücklich wieder bei dem alten wohlbekannten Kehrreim angelangt. Wenn man den Landwirt politisch einfangen wollte, so hat man ihm gesagt: Du bist der beste Mensch von der Welt, nur bist du leider von eigennützigen Männern geführt; wären sie nur erst verjagt, dann stünde alles gut. Das ist eine alte Methode, und schon der alte Cäsar hat sich ihrer bedient, um die Gallier klein zu kriegen.

Dazu paßt dann auch der Schlachtruf: „Wir müssen daher in die Genossenschaften hinein! Im Interesse unserer Zukunft als Volk!" Unsere verantwortlich denkenden Genossenschafter sind im Gegensatz dazu der Meinung, daß Elemente, die unsere genossenschaftliche Arbeit nur zersetzen und gefährden können, von den Genossenschaften ferngehalten werden müssen.

Und auch diese Klänge kennen wir wohl: „Der Kampf um die Genossenschaften darf aber wieder nicht als Selbstzweck aufgefaßt werden, sondern als ein wichtiger Kampfabschnitt der Front, auf deren ganzer Breite um unser Volk und seine Erneuerung gerungen wird! Wir dürfen nicht in denselben Fehler verfallen wie das System. Das Vorrecht unserer politischen Weltanschauung muß erhalten bleiben. Ja, unser Kampf um die Genossenschaften muß der Kampf um das Vorrecht dieser Weltanschauung sein. Unser Kampf muß gegen jede Sonderentwicklung in unserer Volksgruppe gerichtet sein. Die Sonderentwicklung vermeiden wir aber nur dann, wenn wir überall unsere Weltanschauung durchgesetzt haben."

Soviel Sätze, soviel prahlerische und leere Phrasen! Unser Genossenschaftswesen steht unter einer eigenen Gesetzlichkeit. Diese Gesetze werden nicht von den Jungdeutschen in Bielitz oder in Südslawien bestimmt, deren tönende Worte in einem Gegensatz zu ihrer Einflußlosigkeit stehen, sondern vom Staate, von der Regierung unseres Landes. Nach den Gesetzen des Staates haben wir unsere genossenschaftliche Arbeit einzurichten und nicht nach den anmaßenden Ansprüchen kenntnisloser jungdeutscher Zeitungsschreiber in Bielitz oder in Südslawien. Unser Staat schreibt den Genossenschaften vor, daß sie sich im Rahmen des Genossenschaftsgesetzes selbst verwalten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Staat eine Leitung des Genossenschaftswesens durch eine politische Partei nicht dulden wird. Die dreiste Behauptung, daß man „die Auseinandersetzung um und in den Genossenschaften auf das rein Materielle verlegte und dadurch unserer Volksgruppe einen ganz gewaltigen Schaden (!!) zufügte", nageln wir hiermit fest und hängen sie niedriger.

Unsere Genossenschafter haben ein berechtigtes Mißtrauen gegen die neuen genossenschaftlichen Propheten, die gestern geschmäht haben, was sie heute anzubeten vorgeben. Sie vermuten, daß sie als Wölfe in Schafspelzen kommen, um von innen heraus zu zerstören, was sie im offenen Kampfe nicht überwinden konnten. Wir wünschen, vor diesen „Freunden" bewahrt zu bleiben und sagen: Händen weg von unseren Genossenschaften!

Wer mit der ehrlichen Absicht zur genossenschaftlichen Mitarbeit in eine Genossenschaft eintreten und ihre Pflichten mittragen will, wer seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen pünktlich nachgekommen ist und in seinem Betrieb ordentlich wirtschaftet, wird als neuer Genosse willkommen sein. Wer aber in der Genossenschaft ein Feld für die Wahlpropaganda einer Partei sieht, der wird mit seinem Aufnahmegesuch abgelehnt.

Katastrophaler Aerztemangel in Polen

Die Grippeepidemie in Warschau, die die Kräfte der Aerzte über Menschenmögliches hinaus beansprucht hat, hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf den Mangel an Aerzten in Polen gelenkt. Bekanntlich praktizieren in Polen durchschnittlich nur drei Aerzte auf je 10 000 Einwohner, während in der Schweiz auf die gleiche Zahl 106 Aerzte tätig sind. Aber auch die Verteilung der Aerzte im Lande ist denkbar schlecht. 60 Prozent aller Aerzte sind in den 28 großen Städten Polens ansässig, nur 40 Prozent wohnen in den kleineren Städten und auf dem Lande. Besonders ungünstig ist die ärztliche Betreuung in Ostpolen, dem sogenannten Polen B. In 23 Kreisen hat dort ein Arzt eine Bevölkerung auf einen Raum von 200 Quadratkilometer durchschnittlich zu betreuen, und 40 Prozent aller politischen Kreise haben nur einen Arzt im Raum von 100 Quadratkilometern. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Aerztemangel Quacksalberei und Kurpfuscherei auf dem Lande ungestört ihr dunkles Werk treiben und daß die Sterblichkeitsziffer besonders unter den Kindern unverhältnismäßig hoch ist. Hinzu kommt noch, daß für die Aerzte in Ostpolen in der Stadt sowohl wie auf dem Lande denkbar schlechte Lebensbedingungen gegeben und dazu die Verkehrsbedingungen so unhaltbar sind, daß schon eine zähe Gesundheit und ein tapferer Idealismus dazu gehören, gerade dort ärztlichen Pionierdienst zu leisten. So ist bezeichnend, daß auf 36 offene Stellen für Aerzte in den östlichen Wojewodschaften sich nur vierzehn Kandidaten gemeldet haben. Um so wichtiger ist der Antrag, der diesmal im Sejm gestellt wurde, daß Bauernsöhne, die Medizin studieren wollen, um einmal in der engeren Heimat auf dem Lande als Aerzte wirken zu können, Stipendien aus Regierungsmitteln gegeben werden sollten. Allerdings müßten diese Mittel nicht auf dem Wege einer neuen direkten Steuer aufgebracht werden, wie es der Antrag merkwürdigerweise vorsieht. pz.

Wie der Moskauer Prozeß vorbereitet wurde

Von Axel Schmidt.

Die Zeitschrift der russischen Sozialdemokraten in der Emigration „Soz. Westn.“ bringt in ihrer letzten Nummer einen außerordentlich aufschlußreichen Bericht eines alten Bolschewisten über die Hintergründe des Moskauer Prozesses.

Der ungenannte Verfasser dieses Berichtes, der in Rußland lebt, verfügt über eine sehr genaue Kenntnis der Verhältnisse im Kreml. Um seinen langen Brief auf eine kurze Formel ju bringen, könnte man sagen, daß es sich hierbei um den erbitterten Kampf hinter den Kulissen des Kreml um den Einfluß auf Stalin handelt. Zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen nimmt der Briefschreiber die Ermordung des Bolschewisten Kirow in Leningrad, der gerade nach Moskau berufen war, um dort in die erste Reihe der bolschewistischen Politiker zu rücken. Diese Berufung war den politischen Kräften um Stalin sehr unbequem. Denn Kirow besaß ein politisches Programm, das sich nicht unwesentlich von den Plänen des Parteiapparats in Moskau unterschied, der von Kaganowitsch und Jeschow geleitet wird.

Während diese radikale Richtung Stalin möglichst von den breiten Massen, noch mehr von der Intelligenz isolierte und sein Mißtrauen benutzte, um jeglichen Versuch Einfluß auf ihn zu gewinnen, zu beseitigen, ging das Streben Kirows darauf aus, die russische Intelligenz mit dem Bolschewismus auszusöhnen. Kirow wurde hierbei von keinem Geringeren als von dem Dichter Gorki unterstützt, der seinerzeit Capri mit Moskau vertauscht hatte, um gleichfalls für dieses Ziel arbeiten zu können. Vor Kirow hatte der alte Jugendfreund Stalins Jenukidse schon einen ähnlichen Versuch gemacht. Jenukidse wurde auf Betreiben von Kaganowitsch und Jeschow plötzlich in den Kaukasus auf einen ganz unpolitischen Posten versetzt. Das traf den alten Jugendfreund Stalins um so härter, als er eine der wenigen Persönlichkeiten war, den bis dahin Stalin privatim zu besuchen pflegte, wobei es Jenukidse oft gelang, bei Stalin Fürsprache für den einen oder andern in Ungnade Gefallenen einzulegen.

Von Kirow glaubten nun Kaganowitsch und Jeschow, daß er ihnen Schwierigkeiten machen würde, da ihn Stalin immer mehr bei gewichtigen politischen Fragen zu Rate gezogen hatte. Nun bringt zwar der oben genannte Briefschreiber die Ermordung Kirows nicht etwa mit diesen beiden Persönlichkeiten in Verbindung. Aber sie haben die Umstände nach dem Morde für ihre Zwecke auf das weidlichste ausgenutzt. Ueber des Mörders Nikolajew Absichten ist man durch sein Tagebuch gut orientiert worden. Er war Romantiker, der das Abgleiten der bolschewistischen Revolution in die Routine der Verwaltung aufhalten wollte. Für ihn ist es bezeichnend, daß er auf die Frage Stalins, der ihn selbst verhörte, antwortete: „Was liegt daran, viele gehen zugrunde. Dafür wird mein Name später neben dem Sheljabows und Balaschows stehen!“ Dieses waren zwei Zarenattentäter.

Die ältere Generation der Bolschewisten mit Kamenew, Sinowjew, Trotzki, Rykow u. a. m. an der Spitze waren politische Kritiker, die gewohnt waren, stets die schwachen Seiten des zarischen Regimes aufzuspüren. „Früher war diese Begabung von großem Nutzen, jetzt wo wir uns — so meint der Briefschreiber — mit dem positiven Aufbau beschäftigen müssen, ist sie schlecht. Mit einem solchen Menschenmaterial von Skeptikern und Kritikastern läßt sich kein Neubau aufführen. Für Stalin aber ist die Festigkeit des Aufbaus der Sowjetgesellschaft von größter Bedeutung, um so mehr, als wir großen Erschütterungen entgegengehen, die mit dem unweigerlich kommenden Zukunftskriege verbunden sind. Daher zog — so fährt der Bolschewist fort — Stalin folgenden Schluß, den man unter keinen Umständen zaghaft nennen kann: da die alte Generation der Bolschewisten nicht mehr fähig ist, unter den veränderten Verhältnissen die Geschäfte zu führen, so muß sie beseitigt und eine neue Führungsschicht geschaffen werden.“

Nach dem Tode Gorkis, der Beseitigung des Einflusses Jenukidses und der Ermordung Kirows ist diese „versöhnliche“ Richtung so gut wie beseitigt, und die radikale Strömung mit Kaganowitsch und Jeschow an der Spitze hat die Zügel völlig in die Hand bekommen. Selbst Molotow und Kalinin, der Ministerpräsident und der Staatspräsident, werden immer mehr in den Hintergrund gerückt. Außer Kaganowitsch und Jeschow spielt nur noch Agranow, ein treuer Gefolgsmann des allmächtigen Leiters der GPU Jeschow, eine größere Rolle, indem er alle politischen Prozesse vorzubereiten hat.

Der Briefschreiber schließt seine Ausführungen mit den pessimistischen Worten: „Wir alten Bolschewisten die wir noch eine vorrevolutionäre Vergangenheit haben (d. h. schon unterirdisch in zarischer Zeit tätig waren), sitzen jeder in unserem Zimmer und zittern. Denn die bisherigen Prozesse haben ergeben, daß wir alle unter den jetzigen Umständen zu den unerwünschten Elementen gehören. Es genügt vor die Augen eines Mannes zu geraten, der mit der Voruntersuchung eines Prozesses zu tun hat, und unser Schicksal ist entschieden. Für uns wird niemand eintreten. Dafür werden auf den gewöhnlichen Sowjetbewohner eine Fülle von Vergünstigungen und Wohltaten ausgeschüttet, das geschieht ganz bewußt, damit unsere Verurteilung unweigerlich verbunden bleibt mit dem Empfang von Vergünstigungen seitens Stalins.“

Mit diesen Worten schließen die Mitteilungen des alten Bolschewisten im „Soz. Westn.“ Auch er betont den Gegensatz zwischen der Leninschen und Stalinschen Generation.

Nach den letzten Nachrichten wird jetzt gegen eine weitere Reihe alter Bolschewisten, wie Rakowski, Rykow und Bucharin, die noch aus dem engen Kreise Lenins stammen, vorgegangen werden. Rykow, der jetzt auf dem unwichtigen Posten des Postkommissars sitzt, war fast zehn Jahre Lenins Nachfolger im Vorsitz des Rats der Volkskommissare und Bucharin war der anerkannte Theoretiker des Bolschewismus, bis auch er Stalins Ungnade erfahren mußte und zuletzt nur noch nominell Chefredakteur der „Iswestija“ war, in der er in letzter Zeit keine Aufsätze mehr veröffentlichen durfte.

Mit dem Sturz dieser Männer haben Stalin, Kaganowitsch und Jeschow ihr Ziel erreicht, die ältere Generation der Revolutionäre ist endgültig beseitigt, denn auch die Stunde Kalinins dürfte geschlagen haben. Es war sehr auffällig, daß kürzlich die „Prawda“ ein Schriftstück von Lenin veröffentlichte, das von Stalin gegengezeichnet war. Hier sprach Lenin den Gedanken aus, daß es nicht richtig wäre, auf dem Posten des Staatspräsidenten stets einen Großrussen sitzen zu lassen. Es müßte dafür abwechselnd auch ein Grusinier (Georgier) oder ein Ukrainer in Betracht kommen. Daß diese Bemerkung Lenins — die Frage ihrer Echtheit bleibe unerörtert — jetzt veröffentlicht wird, läßt darauf schließen, daß die Umgebung Stalins die Zeit für gekommen erachtet, Stalin an Stelle Kalinins zu setzen, und das um so mehr, als nach der neuen Verfassung die Bedeutung des Staatnpräsidenten sehr zunehmen wird, da sie nicht mehr wie bisher nur repräsentativen Charakter hat.

Mit der Beseitigung der Generation der älteren Leninschen Mitarbeiter wird erst jetzt die Periode Lenin ihr Ende finden. Damit ist die Bahn freigemacht für das Regime Stalin und für seine Helfershelfer Jeschow und Kaganowitsch.

Wer war Navaschin?

Die Typen der G. P. U. — Persönliche Erinnerungen an den Ermordeten

Von Dr. Alexander v. Andreevsky.

Es war im September 1916. Ich war damals als Abteilungschef in der Devisenkommission des russischen Kriegsministeriums tätig. Eines Tages erschien ein junger Mann bei mir, mittelgroß, mit frischem rosigen Gesicht, in einem tadellosen englischen Anzug Er trug eine goldumrandete Brille und machte den Eindruck eines jungen Gelehrten Der Bittsteller legitimierte sich als ein Herr Dimitri Navaschin aus Moskau. Der Name Navaschin hatte im Vorkriegsrußland einen guten Klang. So hieß z. B. ein angesehener Professor der Volkswirtschaft an der Moskauer Universität. Andere Navaschins waren als Geschäftsleute und Industrielle bekannt. In der Unterhaltung stellte sich heraus, daß der junge Navaschin der Sohn des oben erwähnten Professors war. Nach seinen Wünschen gefragt, erwiderte Navaschin, daß er eine Devisenbewilligung für das Rote Kreuz in Kopenhagen zwecks Bezahlung von Medikamenten für die russische West-Armee beantrage. Dabei legte Herr Navaschin ein persönliches Empfehlungsschreiben des Finanzministers Bark vor, der ihn als offiziellen Vertreter des russischen Roten Kreuzes der Devisenkommission empfahl.

Der Antrag wurde ordnungsgemäß von mir geprüft und bewilligt. So viel ich mich erinnern kann, handelte es sich um eine Summe von etwa 200 000 Kronen. Nun geschah es, daß ich kurz nach dieser Unterredung den Posten eines Handelsattachés bei der Kaiserlich-russischen Gesandtschaft in Kopenhagen erhielt. Kurz vor der Abreise wurde ich in meiner Petersburger Wohnung telefonisch angerufen. Es war Navaschin, der von meiner Ernennung erfahren hatte und den Wunsch äußerte, sich mit mir irgendwo „an einem privaten Orte“ zu treffen. Daraufhin bestellte ich Navaschin für den gleichen Abend in ein kleines Weinlokal Petersburgs.

Navaschin war hier viel gesprächiger als in meinem Arbeitszimmer. Der Zweck der Unterredung war, wie er behauptete, sein Wunsch, mich über die Verhältnisse in Kopenhagen, die er genau kenne, zu informieren. Navaschin war, wie gesagt, Vertreter des Roten Kreuzes, und zwar im Rahmen einer Organisation, die sich „Verband der russischen Städte“ nannte. Navaschin beteuerte immer wieder seine zarentreue Gesinnung und nahm den Mund in bezug auf die — wie man wußte — ziemlich verzweifelte russische Lage an der Front, sehr voll. „Wir werden die Deutschen schlagen und in Berlin den Frieden schließen,“ das war das Motto seiner Ausführungen. Der Sinn seiner Reden war aber, wie ich bald feststellen mußte, mich für die Unterstützung seiner Geschäfte in Kopenhagen zu gewinnen. Es handelte sich nämlich um große Lieferungen nicht nur von Medikamenten, sondern auch von Thermometern und Verbandsstoffen. Navaschin hielt es für richtig, mit mir als Vertreter der Regierung gut zu stehen, da er wußte, daß die Ausfuhrbewilligung bei den dänischen Behörden durch die Gesandtschaft in Kopenhagen erwirkt werden mußte. Er legte mir besonders ans Herz, mich mit einem gewissen Herrn Baum in Kopenhagen, der dort die Geschäfte des Roten Kreuzes leitete, gut zu stellen.

Als ich in Kopenhagen angekommen war, erkundigte ich mich selbstverständlich bei der Gesandtschaft über diesen Herrn Baum sowie über Herrn Navaschin. Die Auskunft war nicht gerade eine günstige. Im Gegenteil: Ich wurde vom Gesandten gewarnt, mit Navaschin in nähere Beziehungen zu treten. Sowohl er als auch Herr Baum waren als rücksichtslose Geschäftsleute bekannt, die nur an ihren Vorteil dachten. Es wimmelte damals in Kopenhagen von Schiebern, internationalen Geschäftemachern, Spionen und allen möglichen verdächtigen Leuten. In diesen Kreisen, so wurde mir erzählt, pflegte Navaschin zu verkehren. So mußte ich, als einen Monat später Navaschin sich bei mir in Kopenhagen meldete, ihn auftragsgemäß ziemlich kühl empfangen, worüber er sehr ungehalten zu sein schien. Er wetterte gegen die „verkalkte Gesandtschaft“, deutete aber geheimnisvoll an, daß bald eine neue Zeit in Rußland aufblühen werde.

Zwei Monate später mußte ich an diese rätselhafte Andeutung denken. Anfang März traf die Nachricht ein, daß in Petersburg die Revolution ausgebrochen sei und der Zar abgedankt hätte! Kaum einige Tage waren nach dieser umwälzenden Nachricht vergangen, als Herr Navaschin wieder in Kopenhagen auftauchte. Er hielt Reden auf Banketts demokratischer russisch-jüdischer Journalisten, prophezeite eine goldene Zeit, pries die Provisorische Regierung Kerenskis als „einen Rat vernünftiger Wirtschaftspolitiker“ und schloß Verträge mit mehreren dänischen Firmen auf große Lieferungen. Der zarentreue Patriot war ein begeisterter Anhänger der neuen marxistisch-demokratischen Regierung geworden ...

Ich begegnete Navaschin seitdem nur noch auf der Straße, sprach kurz mit ihm und erfuhr, daß er mit seinen Geschäften zufrieden war. Die Gerüchte um ihn wollten in Kopenhagen nicht verstummen. Man wußte nichts Positives, nur aber soviel, daß er Freimaurer war und daß er außerdem im Dienste einer geheimen Organisation stehen sollte ...

Als ich nach dem bolschewistischen Umsturz nach Berlin übersiedelte, war die Sowjetregierung gerade bemüht, wie es offiziell hieß: „Die Emigranten-Kolonie zu zersetzen.“ Dunkle Typen aller Art traten im Auftrage der Bolschewisten in Berlin auf. Unter ihnen befand sich ... Navaschin! Jetzt hatte der „Demokrat“ Navaschin also sein bolschewistisches Herz entdeckt! Er hatte einen Freund, den Sohn eines Popen, der sich während des Krieges in Rußland ein Vermögen durch Erpressungen von Leuten, die deutsch klingende Namen trugen, erworben hatte. In Berlin gründete er eine G. m. b. H. für den Handel mit Rußland. Navaschin, so hörte ich, ging bei ihm ein und aus. Eines Tages traf ich in Berlin den ehemals schlanken jungen Mann, den ich viele Jahre nicht gesehen hatte, auf der Straße, wie er gerade aus der Sowjethandelsvertretung herauskam. Er war inzwischen sehr dick geworden, trug einen englischen, auffallend karierten Mantel und rauchte eine Pfeife. Er ging auf mich zu. „Kennen Sie das Wort Talleyrands? ‚Jeder kluge Mann kann seinem Vaterland unter jeder Regierung dienen‘!“ Als ich ihm erklärte, daß ich mit diesem Standpunkt nicht einverstanden sein könnte, sagte er: „Was wollen Sie! Geschäft ist Geschäft!“

Dann etablierte sich Navaschin in Paris, wo er wieder „große Geschäfte“ mit den Sowjets machte. Niemand wußte, was das eigentlich für Geschäfte waren und wen er vertrat. War er ein GPU-Spitzel? Wie dem auch sei: Navaschin war der rücksichtsloseste Typ eines „Sowjet-Geschäftsmannes“, der wahrscheinlich nach beiden Seiten hin arbeitete, ein Typ des Bolschewismus, wie man ihn in Tokio und Stockholm, in New York und Schanghai trifft, gut angezogen, mit voller Brieftasche und Brillanten an den Fingern, ein Mann, der zu allen Kreisen Beziehungen hatte und gut lebte, während das arme russische Volk hungerte.

Die Moskauer Verhaftungslawine rollt weiter

GPU-Kommissar Woronkin in Haft.

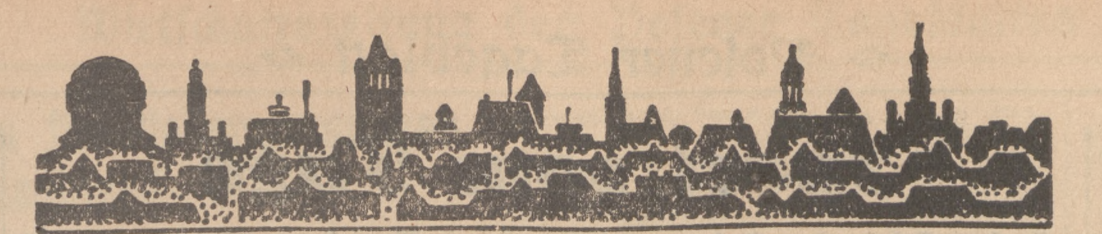
Warschau, 3. Februar. Nach einer Moskauer Meldung ist nunmehr auch der GPU-Kommissar Woronkin, der in dem berüchtigten Lubianka-Gefängnis Dienst tat, verhaftet worden. Woronkin soll dem inzwischen hingerichteten Pjatakow bei einem Fluchtversuch behilflich gewesen sein, der jedoch von einem Eingeweihten noch vor der Ausführung der GPU bekanntgegeben worden sei

Evangelische Kirchenwahlen in Pleß

In der evangelischen Kirchgemeinde in Pleß in Oberschlesien konnte die Wahl erst am Sonntag, dem 24. Januar, stattfinden, während sie sonst überall in Oberschlesien mit sehr günstigen Ergebnissen für die kirchliche Liste schon im Herbst vorigen Jahres gehalten werden konnte In Pleß hatten die evangelischen Polen wegen angeblich formeller Verstöße Einspruch gegen den Wahltermin erhoben, der vom Landeskirchenrat berücksichtigt wurde. Die Wahlen in Pleß sind fast noch günstiger ausgefallen als im übrigen Oberschlesien. Trotz des strengen Frostes betrug die Wahlbeteiligung auch aus den entlegenen Ortschaften des Landkreises nahezu 90 Prozent. Von 1376 Wahlberechtigten haben 1196 gewählt, und zwar 1101 die von kirchlicher Seite vorgeschlagene deutsche Liste und nur 82 die von den zugewanderten evangelischen Polen aufgestellte Liste Nummer 2. Damit ist auch hier wieder ein überzeugender Vertrauensbeweis für die Kirchenleitung in Oberschlesien gegeben, und die seit Monaten durchgeführte eifrige Wahlpropaganda von polnischer Seite hat nichts erreichen können. Auch hier handelte es sich um Ergänzungswahlen: in den Gemeindekirchenrat ziehen drei und in die Gemeindevertretung zwölf neue Mitglieder ein, alles Kandidaten der Liste Nummer 1. pz.

Gegen den jüdischen Handel mit Devotionalien

Unter den zahlreichen Anträgen, die dem Sejmmarschall vorgelegt wurden, ist einer, der ein bezeichnendes Licht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen wirft. Es wird nämlich ein Gesetz beantragt, wonach der Handel mit Devotionalien und religiösen Kultgegenständen nur von Personen des gleichen Bekenntnisses ausgeübt werden kann. Jeder, der mit religiösen Kultgegenständen handelt, obwohl er dem betreffenden Bekenntnis nicht angehört soll bestraft werden; auch die Personen, die ihren Namen dazu hergeben, damit unter dieser Deckung Kaufleute anderen Bekenntnisses das Geschäft machen können. Der Antrag richtet sich damit bewußt gegen die unhaltbaren Zustände, daß nämlich der Devotionalienhandel in Polen zum großen Teil in jüdischen Händen liegt und auch die Herstellung von Gegenständen kirchlichen Gebrauchs, wie Kreuze, Heiligenbilder, Medaillen und anderen, in Werkstätten erfolgt, die jüdischen Besitzern gehören. pz.

Aus Stadt  und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 4. Februar

Freitag: Sonnenaufgang 7.29, Sonnenuntergang 16.45; Mondaufgang 3.07, Monduntergang 10.58.

Wasserstand der Warthe am 4. Februar + 0,34 gegen + 0,44 Meter am Vortage.

Wettervorhersage für Freitag, den 5. Februar: Weiterhin recht mild; veränderliche Bewölkung und höchstens geringfügiger Regen; mäßige südwestliche Winde.

Teatr Wielki

Donnerstag: „Tosca" (Gastspiel Viktor Bregy)
Freitag: „Maria"
Sonnabend: „Manon"

Kinos:

Beginn der Vorführungen um 5, 7, 9 Uhr im Metropolis um 4.45, 6.45 und 8.45 Uhr

Apollo: „Schlußakkord" (Deutsch)
Metropolis: „Ich bin unschuldig" (Engl.)
Słońce: „Frau Minister tanzt" (Poln.)
Sfinks: „Eine von tausend"
Wilsona: „Sibirische Helden" (Poln.)

Der Februar hat seine Mucken ...

Weil der Hirsch im zweiten Monat des Jahres sein Geweih abwirft, legte Kaiser Karl einst diesem Monat den Namen „Hornung" bei. Die aus dem römischen Kalender übernommene Bezeichnung Februar ist auf das große religiöse Sühne- und Reinigungsfest, die „februa", die im alten Rom am 15. d. M. feierlich begangen wurde, zurückzuführen.

Wer könnte wohl auf Grund langjähriger Erfahrungen besser das Wetter vorausbestimmen als der Landmann, der sein ganzes Leben hindurch von Sonnenschein und Regen abhängig ist. Und so prägte er für verschiedene Tage des Hornung Bauernregeln, aus denen er Schlüsse für die Zukunft, namentlich aber für die Ernte zieht. Ein besonderer „Merktag" ist der 2. Februar, Maria Lichtmeß: „Scheint zu Lichtmeß die Sonne klar, wird größeres Eis als früher war." An diesem Tage sieht der Bauer lieber den Wolf im Stall, als die Sonne! Anders sagt er: „Ist Lichtmeß hell und klar, gibt es zwei Winter im Jahr." Wir haben diesmal wohl genug an einem Winter!

Ein anderer Bauernspruch lautet: „Lichtmeß im Klee, Ostern im Schnee!" oder: „Tut sich um Lichtmeß die Sonne einfinden, ist noch sehr viel Schnee dahinten." Ein kritischer Tag ist Petri Stuhlfeier (22.), von dem es heißt: „Ist es an Petri Stuhlfeier kalt, weicht der Winter nicht so bald." Auch dem Matthiastag (24.) traut der Bauer nicht über den Weg: „Wenn neues Eis Matthias bringt, so friert's noch vierzig Tage. Wenn noch so schön die Lerche singt, die Nacht bringt neue Plage."

Vielfach wird Petri Stuhlfeier als Vorbote des nahenden „Lenzings" betrachtet, da die Schneeglöckchen um diese Zeit ihre Köpfchen hervorstecken und am sonnigen Hang im Walde die Schlüsselblumen ihre ersten Blüten entfalten. Trotz alledem ist der Bauer mißtrauisch und sagt: „Der Februar hat seine Mucken, baut aus Eis oft frische Brucken!" Jedenfalls ist es gut, sich noch gehörig mit Feuerung einzudecken, denn „liegt im Februar Schnee und Eis, dann macht viel Holz den Ofen heiß".

Wegepolizei für Fuhrwerke und Radfahrer

Das Innenministerium ist in Gemeinschaft mit dem Verkehrsministerium darangegangen, eine besondere Wegepolizei zu organisieren, die im Frühjahr in fliegenden Patrouillen auf die Wege hinausziehen wird, um die Befolgung der Verkehrsvorschriften zu überwachen. Die in Aussicht genommene Truppe, die vorläufig in einer Stärke von 100 Personen organisiert werden soll, wird gänzlich motorisiert sein. Die motorisierte Polizei soll ihre Tätigkeit am 1. April aufnehmen.

Wieder ein Schaufensterdiebstahl

Am Mittwoch morgen kurz nach 7 Uhr wurde von unbekannten Tätern die Schaufensterscheibe des Bekleidungsgeschäfts Konkiewicz im Bazar-Gebäude an der ul. Nowa zertrümmert. Die Täter, die unerkannt entkamen, nahmen aus dem Schaufenster Waren im Werte von etwa 300 Zloty mit.

Tod eines Ruhestörers

In der vergangenen Nacht wurde der in den Ruhestand versetzte ehemalige Lodzer Schulvisitator Fiedorowicz in Posen, ul. Młyńska 2 wohnhaft, dem 1. Polizeikommissariat zugeführt, da er in angeheitertem Zustande die Nachtruhe störte. Nach Feststellung seiner Personalien verlangte F. einen Arzt, da er innere Schmerzen habe. Vor dem Eintreffen des Arztes der Rettungsbereitschaft starb er. Die Ursache des Todes ist noch nicht festgestellt.

Neues Gesetz über die Beschäftigung von Ausländern

Nachdem in den gesetzgebenden Körperschaften der angekündigte Gesetzentwurf über eine Aenderung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 4. Juni 1927 über den **Schutz des polnischen Arbeitsmarktes** angenommen worden war, wird dieses Gesetz jetzt im „Dziennik Ustaw" Nr. 6 vom 29. Januar 1937 veröffentlicht. Es ist an diesem Tage in Kraft getreten. Das Gesetz enthält vier Artikel, die zwei einschneidende Aenderungen zu den bisherigen Artikeln 4, 5 und 8 vorsehen. In der jetzt gültigen Fassung bestimmt **Art. 4** folgendes:

Genehmigungen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften werden erteilt, sofern die Behörde findet, daß der Stand des inneren Arbeitsmarkts dies gestattet, oder daß dies die tatsächlichen Bedürfnisse der Volkswirtschaft erfordern, oder daß es sich um die Beschäftigung von Personen in leitenden Stellungen handelt, die ein besonderes Vertrauen erfordern. Die Genehmigungen werden für eine nicht längere Dauer als für ein Jahr erteilt. In Ausnahmefällen, welche die Notwendigkeit der Beschäftigung eines ausländischen Angestellten für eine längere Zeitdauer begründen können die Genehmigungen für eine längere Zeit erteilt werden. Die Genehmigungen können vor Ablauf der Zeit, für die sie erteilt



worden sind, zurückgezogen werden, wenn die Behörde befindet, daß die weitere Beschäftigung von ausländischen Angestellten Interessen des Staates und im besonderen seinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen Einbuße bringen kann.

Der **Art. 5**, der von der Zuständigkeit der Behörde handelt, die die Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern erteilt, erhält folgenden neuen Wortlaut:

Die in Artikel 4 vorgesehenen Entscheidungen trifft diejenige **Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung**, die mit Rücksicht auf den Beschäftigungsort des ausländischen Angestellten zuständig ist. Berufungen gegen die Entscheidung der Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung werden durch den Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Innenminister entschieden. In den Entscheidungen werden die Namen der ausländischen Angestellten nicht angegeben.

In dem **Art. 8**, der bestimmt, auf welche Arbeitgeber die Verordnung **keine Anwendung** findet, ist ein Punkt **gestrichen**, in dem es heißt, daß von der Wirkung der Verordnung **Arbeitgeber** bei der Beschäftigung von ausländischen Angestellten ausgeschlossen sind, die **seit dem 1. Januar 1921** ständig im Gebiet der Republik Polen **wohnen**.

Das neue Gesetz enthält schließlich einen neuen Artikel 8a, der folgenden Wortlaut hat:

Ausländischen Angestellten, die sich **mindestens seit dem 1. Januar 1922 ständig auf dem Gebiet der Republik Polen aufhalten**, werden durch die **Kreisbehörde** der allgemeinen Verwaltung besondere **Bescheinigungen** ausgestellt, durch die sie ermächtigt werden, die Beschäftigung für die Dauer der in der Bescheinigung angegebenen Zeit auszuüben. Diese Bescheinigungen werden, sofern internationale Abkommen nicht anders bestimmen, auf Grund des freien Ermessens der Behörde erteilt. Nach denselben Grundsätzen werden diese Bescheinigungen auch den **Kindern** dieser Angestellten erteilt, auch wenn diese erst **nach** dem 1. Januar 1922 geboren sind, sofern sie sich ständig auf dem Gebiet der Republik Polen aufhalten. Diese Bescheinigungen, sowie die Eingaben um die Bescheinigungen sind stempelfrei.

Bei der Beschäftigung von ausländischen Angestellten, die im Besitz von besonderen Bescheinigungen sind, sind die **Arbeitgeber** von der Einholung der in Art. 4 vorgesehenen **Genehmigungen befreit**; sie sind aber verpflichtet, der Behörde von der Beschäftigung und dem Aufhören der Arbeit durch diese Angestellten **Mitteilung** zu machen, sowie Informationen zu erteilen, von denen im letzten Satz des Art. 4 die Rede ist.

Aus dem Steuerkalender

Februar

7. **Einkommensteuer:** Zahlung der Steuer vom Diensteinkommen für den verflossenen Monat.

15. **Umsatzsteuer:** Zahlung für das 4. Vierteljahr 1936 von allen Kategorien ohne rechtmäßige Buchführung.

25. **Umsatzsteuer:** Zahlung für den verflossenen Monat von Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen 1. bis 5. Kategorie (mit rechtmäßiger Buchführung) sowie von allen juristischen Personen.

März

1. **Einkommensteuer: Abgabe der Steuererklärung von physischen Personen.**

1. **Einkommensteuer:** Zahlung der Hälfte der Einkommensteuer laut Steuererklärung von physischen Personen.

1. **Umsatzsteuer: Abgabe der Steuererklärung auf vorgeschriebenem Muster von physischen Personen.**

7. **Einkommensteuer:** Zahlung der Steuer vom Diensteinkommen für den verflossenen Monat.

25. **Umsatzsteuer:** Zahlung für den verflossenen Monat von Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen 1. bis 5. Kategorie (mit rechtmäßiger Buchführung) sowie von allen juristischen Personen.

*

Wir weisen darauf hin, daß eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Steuererklärungen zum 1. März nicht stattfindet.

Hunger und Kälte

Trotz der Kälte braucht niemand Hunger zu leiden, denn jede Hausfrau weiß, daß man aus den bekannten **Knorr**-Suppenartikeln in ganz kurzer Zeit für wenig Geld nahrhafte Suppen oder eine wohlschmeckende Fleischbrühe zubereiten kann. Als besonders praktisch haben sich **Knorr**-Pilzsoßenwürfel erwiesen. Für 20 Gr. erhält man daraus in 5 Minuten ein Viertelliter ausgezeichneter Soße, die zu allen fleischlosen Gerichten, wie Reis, Klöße, Grütze, Nudeln, Kartoffeln u. dergl. gereicht werden kann oder die auch zum Strecken von Soßenresten und zu Speisen, bei denen nicht genügend Soße erzielt werden kann, unentbehrliche Dienste leistet. Machen Sie, bitte, gleich morgen einen Versuch und verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann **Knorr-Pilzsoße** in der braun-gelben Packung! Was **Knorr** bringt, ist gut! R. 735.

Aus Posen und Pommerellen

Wongrowitz

dt. **Registrierung von männlichem Zuchtvieh.** Der Bürgermeister erläßt die Aufforderung, bis zum 15. Februar alle Bullen und Eber auf dem Magistrat Zimmer 3 anzumelden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe geahndet.

Strelno

ü. **Unter dem Möbelwagen den Tod gefunden.** In der Nacht zum Sonntag ereignete sich um ½11 Uhr in der Nähe des Gutes Jeziorki ein tragischer Unfall. Als dort der aus Inowrocław zurückkehrende Möbelwagen der Firma Fritz in Tremessen den Bahnstrang überquert hatte, kam aus Strelno ein Personenzug angefahren, der einen Signalpfiff abgab. Dadurch erschraken die Pferde, gingen durch und rasten mit dem Möbelwagen die Böschung hinunter. Der Möbelwagen stürzte um und begrub den 42jährigen Fuhrmann Franciszek Borecki unter sich, der auf der Stelle tot war. Ein zweiter im Möbelwagen sitzender Gehilfe kam mit dem Schrecken davon. Die Leiche des Toten wurde ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Kobylin

by. **Wilddieb erschossen.** Schon seit längerer Zeit bemerkte man, daß auf dem Gelände der Herrschaft Łagiewniki Wilddiebe ihr Unwesen treiben. Aus diesem Grunde wurde öfters eine

Nachtstreife unternommen, die aber immer ohne Erfolg blieb. In der Nacht des vergangenen Sonnabends gegen 1 Uhr konnten die Beamten genannter Herrschaft die Wilddiebe bei ihrer Arbeit im Parke unweit des Schlosses überraschen. Dabei kam es zu einem Feuergefecht, wobei ein Wilddieb, der 21jährige Robaszkiewicz aus Górka durch einen Schuß tödlich verletzt wurde. Ein weiterer Wildschütze trug schwere Verletzungen davon, so daß er im Krotoschiner Krankenhaus überführt werden mußte, während zwei andere Kumpane festgenommen wurden. Am Sonntag früh traf die Mordkommission an Ort und Stelle ein und ordnete die Ueberführung der Leiche nach Krotoschin an.

Nakel

§ **Polizei rettet zwei Kinder vor dem sicheren Tode.** Zwei Polizisten aus Slesin kamen nach Wystep bei Nakel. Sie bemerkten am Fenster eines Arbeiterhauses ein 5jähriges Kind, das eifrig an die Scheibe klopfte. Nach kurzem Fragen betraten die beiden Gendarmen die Wohnung, die von dichtem Rauch erfüllt war. Nachdem sie das 5jährige Mädchen und ihre 3jährige Schwester in Sicherheit gebracht hatten, konnten sie den Brand in der Wohnung löschen. In der Mitte der Stube stand ein Eisenofen, an dem das Kind gespielt hatte, wodurch Betten und anderes Kleinzeug in Brand geraten waren. Die Mutter befand sich auf dem Hof und hatte die Kinder allein gelassen. Durch das frühzeitige Eingreifen konnte nicht nur der Brand verhütet, sondern die Kinder auch vor dem Erstickungstod bewahrt werden.

Pinne

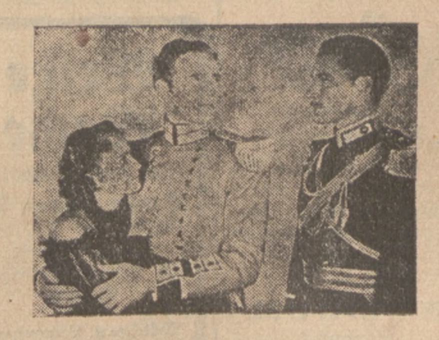
mr. **Lichtbildervortrag.** Am Freitag, dem 5. Februar, abends 7 Uhr findet bei Bisanz ein Lichtbildervortrag über „Die Städte Polens" statt, wozu alle DV.-Mitglieder eingeladen sind.

Filehne

ss. **Jahrmarkt.** Der Vieh- und Schweinemarkt war infolge des fehlenden Krammarktes nur mäßig belebt. Milchkühe waren nicht so reichlich wie sonst aufgetrieben, und der Handel war auch schleppend. Der Handel mit Jungschweinen war rege, sie konnten in allen Preislagen umgesetzt werden.

ss. **Turnfest.** Trotz strenger Kälte fanden sich am Sonntag zahlreiche Freunde und Gäste zum

Für die Ehre des Regiments und das Glück einer geliebten Frau



Attacke der leichten Brigade

Die lebendige Erzählung von Alfred Tennyson, der die Phantasie von Millionen mit den Erlebnissen des „Adlers der Krim" beschwingte, wurde im Film dargestellt. In Errol Flynn und der reizenden Olivia de Havilland sehen wir ein hervorragendes Künstlerpaar. Eine Attacke bleibt unvergeßlich in unserer Erinnerung haften. Wir sehen, wie teuer Frauen und Männer ihr Leben verkaufen. Ein bisher nicht gesehener Prunk des Märchenpalastes von Chan Surat in Suristan und die imponierenden Gemächer in Kalkutta erwecken die Bewunderung der Zuschauer. Die **„Attacke der Leichten Brigade"** als nächste Premiere in den **Kinos „Apollo"** und **„Metropolis"**. R. 736.

Turnfest der DT.-Mädchenabteilung ein. Die Darbietungen fanden ungeteilten Beifall der Anwesenden, besonders Ball- und Keulengymnastik. Nach Schluß der Darbietungen wurde bis zum frühen Morgen **fröhlich getanzt.**

Graudenz

= **Sonderbare Wege geht das Schicksal.** Das erfuhr in der Festungsstraße ein Radfahrer. Als er diese Straße passierte, bemerkte er, wie ein Junge von einem Brotwagen zwei Laib stahl und damit fortlief. Der Radler sprang sofort von seinem Fahrzeug, legte es auf den Fahrdamm nieder, eilte dem diebischen Bengel nach und konnte ihm die Brote abnehmen und sie dem Wagenführer wieder verschaffen. Inzwischen hatte aber einer der überall auf greifbare Beute lungernden Spitzbuben das auf dem Boden liegende Rad erspäht, die günstige Konjunktur ausgenutzt und war damit verschwunden.

Mrotschen

= **Eine gute Tat. Herr von Lehmann-Mathildenhöh hat in dem verwaisten evangelischen Pfarrhaus in Mrotschen eine Wohltätigkeitsküche unter Leitung der Frau Karau und der Gemeindeschwester eingerichtet. Jeder Arme und Hungernde erhält dort Mittag. Es werden in der Woche vier Fleisch- und drei Milchgerichte gekocht. Bis jetzt wurden täglich über 60 Mahlzeiten ausgegeben.** Ein Polizist sorgt während der Ausgabe für Ordnung. Die meisten Almosenempfänger sind Polen. Auch wurde den Armen eine Fuhre Holz geschenkt und angefahren. Der Name des Wohltäters ist in aller Munde.

Gnesen

ew. **Raubüberfall. In Pruszewo bei Pudewitz** drangen zwei maskierte Banditen in die Wohnung des Besitzers Malas ein. Der alte Mann und drei erwachsene Töchter wurden durch Revolverschüsse eingeschüchtert. Glücklicherweise wurden die Einbrecher bald gestört, so daß sie, ohne ihr Vorhaben ausführen zu können, flüchteten. Dabei gaben sie auf den 80jährigen Besitzer noch einen Schuß ab, der ihn schwer verletzte. Malas liegt hoffnungslos darnieder.

ew. **Für den Verteidigungsfonds und die Winterhilfe wurden in der Stadt Gnesen bisher 3246,76 bzw. 1022,66 Zl. gesammelt.**

Birnbaum

hs. **Großfeuer. Am Sonntag abend brannte** das Wohnhaus Poststraße 1 bis auf die Grundmauern nieder, da die Löscharbeiten durch den starken Frost fast unmöglich waren. Das Feuer entstand aus bisher noch nicht geklärter Ursache in der Giebelwohnung des Autoverleihers Michalak, als er sich mit Frau und Kindern bei Bekannten zu Besuch befand. Er konnte außer einigen Papieren und wertlosen Haushaltungsgegenständen nichts retten. Die Hochparterrewohnung ist zurzeit unbewohnt; in sie wollte am 1. April der Bürgermeister einziehen. Eine Zeitlang bestand auch Gefahr für das angrenzende Rathaus und andere in der Nähe liegende Gebäude. Ein Feuerwehrmann erlitt eine schwere Handverletzung. In der Nacht zum Dienstag brannte das Innere des Hauses immer noch.

Ostrowo

fk. **Ostrowo bekommt ein Handelslyzeum.** In diesen Tagen wandte sich das Schulkuratorium in Posen an den Verein der Kaufleute in Ostrowo mit dem Plan eines Handelslyzeums in Ostrowo. Das Lyzeum soll an Stelle der beiden höchsten Gymnasialklassen treten, mit deren Aufhebung mit dem kommenden Schuljahr 1937/38 begonnen wird. Der Entwurf des Kuratoriums sieht vorerst die Eröffnung eines zweiklassigen Koedukationshandelslyzeums vor, dem später bei Bedarf eine besondere dritte Klasse angefügt werden soll. Mit der Einrichtung dieser Fachschule soll auf Wunsch des Kuratoriums schon im kommenden Schuljahre 1937/38 begonnen werden. Das kaufmännische Gymnasium hat mit großer Freude den Plan des Kuratoriums entgegengenommen, da sich die Ostrowoer Kaufmannschaft schon seit Jahren mit diesem Gedanken trägt. Die neue Anstalt wird sich bestimmt eines regen Besuches erfreuen, es fehlt nur noch, den bereits begonnenen Schulbau recht bald zu Ende zu führen.

fk. **10 Jahre Gefängnis.** Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich dieser Tage ein gewisser Stefan Korczak zu verantworten, der seine Braut erschossen hatte. Der Angeklagte verkehrte schon vier Jahre mit dem Mädchen, wollte sie jedoch nicht heiraten, obwohl aus diesem Verkehr ein Kind das Licht der Welt erblickt hatte. Gleichzeitig verbot er aber auch dem Mädchen jeden Verkehr mit anderen Männern. Im Oktober erklärte er ihr, daß sie nur noch zwei Monate zu leben habe. Am 10. Dezember v. J. strich Korczak die ganze Nacht vor dem Haus der Großmutter seiner Braut, Józefa Korpys, bei der sie wohnte, auf und ab. Gegen 5.30 Uhr morgens drang er in das Haus und in das Zimmer, in dem seine Braut, ihre Großmutter, Stanislawa Chowańska und Rozalia Sabatowska schliefen. Mit einigen wohlgezielten Schüssen aus einem Militärgewehr streckte er seine Braut nieder. Dann stellte er sich der Polizei. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Jahren Gefängnis, weil es zu der Annahme kam, daß K. aus Eifersucht gehandelt habe.

fk. **Redakteur verurteilt.** Der verantwortliche Redakteur der „Obrona Ludu", Antoni Piekarek aus Ostrowo, wurde vom hiesigen Bezirksgericht wegen eines Artikels, der am 30. April vorigen Jahres in dieser Zeitung veröffentlicht wurde und der einem Polizeibeamten den Vorwurf machte, daß er einen Arbeitslosen geschlagen hätte, zu einem Monat Arrest und 50 Zl. Geldstrafe verurteilt.

Neutomischel

an. **Ungünstiger Stand der Saaten.** Infolge des strengen Frostes ohne Schneefall ist der Stand der Winterung um Neutomischel ein sehr schwacher. Einzelne Flächen hat der Sturm völlig versandet, während andere vollständig freigelegt sind, so daß die Landwirte, die davon betroffen sind, damit rechnen, noch einmal säen zu müssen.

Sport vom Tage

Großer Erfolg des Posener AZS

Bei den in Przemyśl zum Austrag gebrachten Hallenmeisterschaften in der Leichtathletik hat der Posener AZS. in der Gesamtwertung der Herren- und Damen-Wettkämpfe den ersten Platz belegt. Von einzelnen Ergebnissen der Meisterschaften sei erwähnt, daß Schneider-Kattowitz seinen Hallenrekord im Stabhochsprung auf 3,87 Meter verbesserte. Eine Sensation war die Beteiligung Kusocińskis an der Stafette über 3×800 Meter.

Polens Boxmannschaften gegen Deutschland und Oesterreich

Der polnische Boxverband hat folgende Mannschaften für die kommenden Länderkämpfe gegen Deutschland und Oesterreich bestimmt: **Gegen Deutschland:** Sobkowiak (Rundstein), Czortek (Koziołek), Krzemiński (Polus), Woźniakiewicz (Sipiński), Seweryniak (Sipiński), Pisarski (Chmielewski), Szymura (Klimecki), Pilat (Choma). **Gegen Oesterreich:** Sobkowiak (Rundstein), Czortek (Spodenkiewicz), Krzemiński (Polus), Woźniakiewicz (Sipiński), Ostrowski (Seweryniak), Chmielewski (Pisarski), Klimecki (Szymura), Pilat (Choma).

Zwei-Pferde-Springen beim Berliner Reitturnier

Einer der interessantesten Wettbewerbe des Internationalen Berliner Reitturniers kam am Dienstag nachmittag mit dem Zwei-Pferde-Zeitspringen zur Entscheidung. Wie schon im Vorjahre, wurde das Springen von SS-Obersturmführer Temme gewonnen, dem der Preis des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring damit abermals zufiel. Mit dem Paar Bianka—Nordland führte er, bei schnellstem Wechsel der Pferde, zwei Ritte aus, die hellste Begeisterung erregten. Um drei Sekunden blieb Rittmeister Momm geschlagen, der auf Landrat und Baccarat im Sattel war und ebenfalls donnernden Beifall erhielt. Insgesamt nahmen zwanzig Reiter den Kampf über die dreizehn Hindernisse der schweren Springbahn auf. Gewertet wurde nur nach Zeit, Springfehler also in Sekunden umgerechnet. Viel hing vom schnellen Wechsel der Pferde ab, da ja der Bruchteil von Sekunden den Ausschlag geben konnte.

Zug überrennt einen Schlitten

Vier Tote

Zwischen Kattowitz und Nikolai wurde ein mit acht jungen Leuten besetzter Schlitten, der sich auf der Fahrt von Nikolai nach Kochlowitz befand, auf einem Bahnübergang von einem Personenzug erfaßt. Vier Personen wurden getötet und zum Teil eine Strecke von der Lokomotive mitgeschleift, die anderen vier kamen mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon. Die Pferde blieben unverletzt. Der Schrankenwärter, der die Bahnschranke nicht geschlossen und so das Unglück verursacht hatte, wurde verhaftet.

Noch kein Abflauen der Grippe in England

London, 3. Februar. Die Grippeepidemie in England will noch immer nicht abflauen. In der letzten Woche hat die Grippe in den wichtigsten Städten des Landes 1155 Opfer, gegenübre 1137 in der vorhergehenden Woche gefordert.

Bluttat in einer Belgrader Lehranstalt

Belgrad, 3. Februar. In der Mittelschule für Geometer in Belgrad ereignete sich ein aufregender Vorfall. Ein Schüler, der die Anstalt wegen seiner Studien-Mißerfolge verlassen sollte, stürzte sich in der vollbesetzten Klasse auf seinen Lehrer und brachte ihm mit einem Dolch mehrere lebensgefährliche Stichwunden bei.

In der Elektrotechnischen Mittelschule versuchte ein Schüler aus dem gleichen Anlaß seinem Klassenlehrer Salzsäure ins Gesicht zu schütten. Der Anschlag mißlang.

Der Semester-Erfolg an den hiesigen Mittelschulen ist in diesem Jahr besonders schlecht, so daß über 30 v. H. der Schüler die Schulen verlassen müssen.

Fünfzig Wolkenkratzer ohne Fahrstuhl

New York, 3. Februar. Durch einen neuen Streik der Fahrstuhlführer, Heizer und Angestellten sind in New York 240 Hochbauten bedroht. Bis zur Stunde sind bereits 50 Hochgebäude von dem Streik betroffen. In 42 Stockwerken der Bürogebäude nahe dem Times-Square sind die Fahrstuhlführer während der Mittagspause in den Ausstand getreten, so daß mehrere hundert Angestellte gezwungen waren, **ohne Mittagbrot in den Büroräumen zu bleiben**

Die neuen Bestimmungen für Ueberweisungen nach Deutschland

(Schluss)

Ausnahmen

V. Die Bestimmungen dieses Rundschreibens, die in Abs. I und II enthalten sind, finden keine Anwendung bei der Ueberweisung von Forderungen auf Grund der nachstehend angeführten Titel, für die Ueberweisungen nach den allgemeinen Grundsätzen vorgenommen werden können:

a) Forderungen für Warenlieferungen nichtdeutscher Herkunft, die nur auf dem Transitwege durch Deutschland gehen, sowie zusätzliche Kosten (für Spedition, Transport und Versicherung), die mit einer Einfuhr dieser Art zusammenhängen, wenn sie ausserhalb Deutschlands entstanden sind;

b) Ueberweisungen aus freien Konten in fremden Valuten, deren Inhaber in Deutschland wohnen;

c) über die dem deutschen Auftraggeber auf Grund des Rundschreibens Nr. 18 vom 18. 6. 1936 zurückerstatteten Beträge siehe letzten Absatz;

d) Ueberweisungen für Reisekosten und touristische Zwecke;

e) Ueberweisungen (im Rahmen der Vorschriften des Abs. IV des Rundschreibens Nr. 8 vom 8. 5. 1936) von kleineren Beträgen, die den Gegenwert von 100 zł nicht übersteigen, zur Deckung von Verpflichtungen, die aus der normalen Führung eines Handelsunternehmens entstehen, für die Ausstellung von Bescheinigungen durch ausländische Aemter usw., wenn die Verpflichtung nicht der Verrechnung durch die „Zahan" unterliegt und wenn die Gesamtverpflichtung im Einzelfall nicht den Betrag von 100 zł übersteigt; Ueberweisungen aus den obigen Titeln dürfen monatlich auf Antrag desselben Auftraggebers nicht die Summe von 100 zł übersteigen;

f) Bezahlungen für Wechsel, die aus Deutschland zum Inkasso geschickt werden, und die vor ihrem Versand in das Ausland mit einem im Rundschreiben Nr. 26 vom 30. 7. 1936, Abs. II a) oder b) vorgesehenen Vermerk versehen worden sind.

Bezahlung von Reichsmark-Wechseln

VI. Die Bezahlung für Wechsel, die aus Deutschland zum Inkasso geschickt werden und die auf deutsche Mark lauten, kann in deutschen Banknoten entgegengenommen werden, wenn der Schuldner sie aus dem eigenen Vorrat dieser Banknoten zahlt und die Wechselverpflichtung nicht von Forderungen für aus Deutschland eingeführte Waren oder von anderen, in Abs. I dieses Rundschreibens genannten Titeln herrührt, und wenn der Schuldner eine schriftliche Erklärung folgenden Inhalts hinterlegt: „Indem ich mit meinen eigenen deutschen Banknoten das Dokument Nr. . . . auf RM . . . . einlöse, das aus Deutschland zum Inkasso eingesandt wurde, erkläre ich, dass ich auf diesem Wege keine Verpflichtungen für aus Deutschland eingeführte Waren oder andere, in dem Rundschreiben der Devisenkommission Nr. 35, Abs. 1, genannte Forderungen begleiche, sondern die Schuld auf Grund . . . . . Datum . . . . . Unterschrift . . . . . ." Die entgegengenommenen deutschen Banknoten können dann dem ausländischen Auftraggeber übersandt werden. In allen andern Fällen muss die Bezahlung des Wechsels in Złoty nach dem mittleren Geschäftskurs der Auszahlung in Berlin erfolgen und der einkassierte Betrag dem Polnischen Verrechnungsinstitut oder der Bank Polski überwiesen werden, je nachdem, ob die Verpflichtung von den in Abs. I dieses Rundschreibens genannten Forderungen oder andern Titeln herrührt, was aus dem auf dem Wechsel angebrachten Vermerk, aus den vom Kunden vorgelegten Urkunden oder auf Grund seiner Erklärung festzustellen ist. Wenn die Bank Polski und die Devisenbanken Wechsel, die auf deutsche Mark lauten und aus dem Auslande zum Inkasso eingesandt wurden, zu Protest gehen lassen, müssen sie gleichzeitig dem Notar Anweisung erteilen, in welchen Zahlungsmitteln die Bezahlung erfolgen oder unter welcher Bedingung die Bezahlung in deutschen Banknoten entgegengenommen werden kann.

Verwendung deutscher Sperrkonten

VII. Unabhängig von der durch dieses Rundschreiben festgesetzten Art und Weise der Durchführung von Ueberweisungen nach Deutschland ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, gesperrte Summen in Deutschland, die in Polen wohnhaften Personen gehören, auf dem Wege des Verkaufs solcher Summen an eine andere in Polen wohnende Person, die in Deutschland Verpflichtungen hat, flüssig zu machen. Eine private Verrechnung dieser Art erfordert eine Genehmigung der Devisenkommission. Der Antrag der beteiligten Stellen muss auf einem vorgeschriebenen Vordruck unter Vermittlung einer Devisenbank mit genauer Angabe des Betrages und Kurses, zu dem die Verrechnung erfolgen soll, sowie unter Beifügung der Urkunden der Verpflichtung, die auf diese Weise gedeckt werden soll, eingebracht werden. Auf diese Weise die Verpflichtungen der Einführer zu decken, die durch die Vermittlung des Polnischen Verrechnungsinstituts beglichen werden sollen, ist unzulässig. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Freigabe von gesperrten Summen in Deutschland auch die Genehmigung der deutschen Devisenbehörden erfordert.

Klausel auf polnischen Wechseln

VIII. Im Zusammenhang mit den Vorschriften dieses Rundschreibens, die in Abs. I und II enthalten sind, wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Klausel, die auf den nach Deutschland gesandten Wechseln nach der Vorschrift des Rundschreibens Nr. 26, Abs II c) angebracht ist, entsprechend ausgefüllt werden muss, je nachdem, auf welche Weise die Bezahlung des Wechsels erfolgen kann, also entweder „auf dem Wege der Verrechnung mit Deutschland durch das Polnische Verrechnungsinstitut in Warschau" oder auch „auf dem Wege der Verrechnung mit Deutschland durch die Bank Polski".

Der Jahresabschluß der Bank Polski

Am 18. Februar 1937 findet die Ordentliche Generalversammlung der Bank Polski statt, von der der Geschäftsbericht einschliesslich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für 1936 bestätigt und neue Mitglieder des Aufsichtsrates und der Revisionskommission gewählt werden sollen.

Die soeben veröffentlichte Jahresbilanz der Bank Polski zum 31. Dezember 1936 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva:	Mill. zł
Goldbestand	392.95
Ausländ. Zahlungsmittel und Devisen	29.69
Polnische Silbermünzen u. Kleingeld	41.36
Wechsel	681.34
Diskontierte Schatzscheine	66.93
Lombarddarlehen	107.37
Eigene verzinsliche Papiere	135.98
Papiere des Reservefonds	88.95
Depositen des Beamten-Versorgungs- und Gesundheitsfonds	53.24
Schulden des Staatsschatzes	90.00
Immobilien	20.00
Anteile:	
an der Polnischen Wertpapierfabrik	15.50
an der Ges. „Getreideelevatoren"	4.70
an der Akzeptbank	4.80
an der Bank für Intern. Zahlungen	4.30
Verschiedene Rechnungen	77.12
Insgesamt	1 814.23

Passiva:	
Aktienkapital	100.00
Reservefonds	89.00
Notenumlauf	1 033.84
Sichtverbindlichkeiten	
a) Girokonten der Staatskasse	1.40
b) sonstige Girokonten	235.74
c) verschiedene Konten	54.42
Versorgungsfonds	54.33
Verschiedene Rechnungen	229.97
Zinsen für 1937	6.26
Reingewinn (9 259 187.13 zł)	9.26
Insgesamt	1 814.23

Nach Artikel 75 der Satzungen der Bank wird der Gewinn wie folgt verteilt:

8% Dividende auf 100 Mill. zł Aktien I. Emission	8.00
8% Dividende auf 50 Mill. zł Aktien II. Emission (bis 20. 4. 1936)	1.22
Gewinnanteil des Staatsschatzes	0.02
Vortrag auf neue Rechnung	0.02
	9.26

Die Gewinn- und Verlustrechnung schliesst mit 47.20 Mill. zł ab und setzt sich aus folgenden Hauptpositionen zusammen:

Soll: Handlungsunkosten 25.39 Mill., Abschreibungen und Reserven 10.28 Mill., darunter Reserve für Verluste 0.5 Mill., Reserve für Gebäudeneubauten 0.5 Mill., Verluste durch Kursrückgänge eigener festverzinslicher Papiere 2.26 Mill. zł.

Haben: Diskontzinsen 0.03 Mill., Lombardzinsen 6.34 Mill., Zinsen von eigenen verzinslichen Papieren 5.85 Mill., Einnahmen aus Papieren des Reservefonds 4.85 Mill., Kursunterschiede von Devisen und Valuten 1.19 Mill., Provisionen und andere Einkünfte 2.02 Mill., vereinnahmte Dubiosa 0.73 Mill. zł.

(Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Ausgabe)

Privater Warenaustausch im Textilfach

Die Posener Messe wird jedes Jahr von ausländischen Kaufleuten besucht, deren Aufgabe es ist, nicht nur die von ihnen vertretenen Waren zu verkaufen, sondern auch gleichzeitig polnische Waren herauszufinden, deren Preise auf dem von ihnen vertretenen Markt mindestens auf der Höhe des Angebots anderer Länder stehen. In diesem Jahr wird die Posener Messe zu diesem Zweck von Kaufleuten aus Ceylon, Uruguay, Südafrika, Paraná, Kongo und den französischen Kolonien besucht. Unter unseren Ausfuhrwaren nehmen Textilien insofern eine Sonderstellung ein, als sie die geringste Ausfuhrbeihilfe erfordern und sowohl der Güte wie dem Preise nach an der ersten Stelle einer gesunden Ausfuhr stehen. Daher müssten Bielitz, Lodz und Białystok Musterausstellungen vorbereiten und gewandte Verkäufer zur Posener Messe entsenden. Mit dieser Frage haben sich bereits die örtlichen Textilverbände und die Handelskammern befasst.

Börsen und Märkte

Posener Effekten-Börse

vom 4. Februar

5% Staatl. Konvert.-Anleihe	53.00 G
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1926	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1927	—
5% Pfandbriefe der Westpolnisch. Kredit-Ges. Posen	—
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-zł)	—
4½% umgestempelte Złotypfandbriefe der Pos. Landschaft in Gold	—
4½% Złoty-Pfandbriefe d. Pos. Landschaft Serie I	45.50 G
4% Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft	40.50 G
Bank Cukrownictwa (ex. Divid.)	—
Bank Polski	—
Piechcin. Fabr. Wap. i Cem. (30 zł)	—

Stimmung: ruhig.

Warschauer Börse

Warschau, 3. Februar

Rentenmarkt: Die Stimmung in den Staatspapieren war gehalten, in den Privatpapieren etwas schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	3. 2. Geld	3. 2. Brief	1. 2. Geld	1. 2. Brief
Amsterdam	288.85	290 25	288.90	290.30
Berlin	211.94	212.78	211.94	212.78
Brüssel	88.92	89.28	89.02	89.38
Kopenhagen	115.31	115.89	115.26	115.84
London	25.81	25.95	25.82	25.96
New York (Scheck)	5.27	5.29½	5.27	5.29½
Paris	24.58	24.70	24.59	24.71
Prag	18.35	18.45	18.37	18.47
Italien	27.78	27.98	27.78	27.98
Oslo	129,77	130.43	129.77	130.43
Stockholm	133.12	133.78	133.12	133 78
Danzig	99.80	100.20	99.80	100.20
Zürich	120.65	121.25	120.70	121.30
Montreal	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—

1 Gramm Feingold = 5.9244 zł.

Es notierten: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 64.00, 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe II. Em. 64.75, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe Serie III 46.75, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 1927 447, 4proz. Konsolidierungs-Anleihe 1936 51.38, 5proz. Staatl. Konv.-Anleihe 1924 54.50, 5proz. Eisenbahn-Konv.-Anleihe 1926 51.00, 7proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rolny 83.25, 8proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rolny 94, 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 83.25, 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7proz Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83.25 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 5½proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. und III. n. Em. 81, 4½proz. L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau Serie V 49.25, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 54.50—55, 4½proz. L. Z. Pozn. Ziem. Kred. Serie K 45.50, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Siedlec 1933 29.63, VIII. und IX. 6proz. Konv.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 57.

Aktien: Tendenz: uneinheitlich. Notiert wurden: Bank Polski 109—109.75, Lilpop 13, Modrzejów 6.75, Starachowice 32, Haberbusch 36.75.

Märkte

Getreide. Bromberg, 3. Februar. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Bromberg. Umsätze: Roggen 15 Tonnen zu 23.50 Złoty. — Richtpreise: Roggen 23.25 bis 23.50, Weizen 27—27.25, Braugerste 25.25 bis 26.75, Hafer 19.25—19.50, Roggenkleie 16.75 bis 17, Weizenkleie grob 17—17.25, Weizenkleie mittel 16.25—16.75, Weizenkleie fein 16.50 bis 17, Gerstenkleie 17.25—17.75, Winterraps 51—52, Winterrübsen 46—48, blauer Mohn 62 bis 65, Senf 27—29, Leinsamen 44—46, Peluschken 20.50—21.50, Wicken 19.50—21, Felderbsen 20—21, Viktoriaerbsen 21—25, Folgererbsen 22 bis 24, Blaulupinen 11.50—12.50, Gelblupinen 12.50—13.50, Serradella 19—23, Weissklee 90 bis 125, Rotklee roh 80—100, Rotklee gereinigt 97% 125—135, Kartoffelflocken 19.50—20, Leinkuchen 24—24.50, Trockenschnitzel 8.50—9, Rapskuchen 19.50—20, Sonnenblumenkuchen 25 bis 26, Netzeheu 4—5. Stimmung: fest. Der Gesamtumsatz beträgt 909 t. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 202, Weizen 92, Braugerste 30, Gerste 79, Hafer 10, Roggenmehl 83, Weizenmehl 84, Roggenkleie 50, Weizenkleie 30, Gerstenkleie 15, Rapskuchen 10, Leinsamen 10, Gelblupinen 26, Erbsen 10 t.

Getreide. Warschau, 3. Februar. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau. Einheitsweizen 748 gl 29—29.50, Sammelweizen 737 gl 28.50—29, Standardroggen I 693 gl 23.50—23.75, Standardroggen II 681 gl 23.25—23.50, Standardhafer I 460 gl 19.75 bis 20.25, Standardhafer II 435 gl 19 bis 19.50, Braugerste 26—27, Felderbsen 21.50 bis 22.50, Viktoriaerbsen 26—28, Wicken 21—22, Peluschken 21.50—22.50, Blaulupinen 14—14.50, Gelblupinen 15.50—16, Serradella gereinigt 26 bis 27, Weissklee roh 100—110, Weissklee gereinigt 97% 125—140, Rotklee roh 105—120, Rotklee gereinigt 97% 135—145, Winterraps 54—55, Winterrübsen 48.50—49.50, Sommerraps 50.50—51.50, Sommerrübsen 48—49, Leinsamen 90% 46—47, blauer Mohn 71—73, Weizenmehl 65% 40—41, Roggenauszugsmehl 30% 34.50—35.50, Schrotmehl 95% 28—29, Weizenkleie grob 16.50—17, Weizenkleie fein und mittel 15.50—16, Roggenkleie 15—15.50, Leinkuchen 23.50—24, Rapskuchen 18.75—19.25. — Der Gesamtumsatz beträgt 2050 t, davon Roggen 460 t. Stimmung: fest.

Getreide. Posen, 4. Februar 1937. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty frei Station Poznań.

Umsätze:

Hafer 15 t 21.00, 10 t 20.90, 15 t 20.65 zł.

Richtpreise:

Roggen	23.25—23.50
Weizen	27.50—27.75
Braugerste	26 00—27.00
Mahlgerste 630—640 g/l	21.75—22.00
„ 667—676 g/l	22.75—23.00
„ 700—715 g/l	24.25—25.00
Wintergerste	—
Hafer	20.25—20.50
Standardhafer	—
Roggenmehl 30%	34.50—35.00
1. Gatt. 50%	34.00—34.50
1. Gatt. 65%	32.50—33.00
2. Gatt. 50—65%	25.25—25.75
Schrotmehl 95%	—
Weizenmehl I. Gatt. 20%	44.75—45.75
I A Gatt. 45%	43.75—44.25
I B „ 55%	42.25—42.75
I C „ 60%	41.75—42.25
I D „ 65%	40.75—41.25
II A „ 20—55%	39.75—40.25
II B „ 20—65%	39.00—39.50
II D „ 45—65%	36.00—37.00
II F „ 55—65%	32.00—33.00
II G „ 60—65%	—
III A „ 65—70%	25.25—26.25
III B „ 70—75%	22.25—23.25
Roggenkleie	16.75—17.25
Weizenkleie (grob)	17.50—18.00
Weizenkleie (mittel)	16.75—17.25
Gerstenkleie	16.75— 8.00
Winterraps	53.00—54.00
Leinsamen	43.50—46.50
Senf	30.00—32.00
Sommerwicke	—
Peluschken	—
Viktoriaerbsen	21.00—24.50
Folgererbsen	22.00—24.00
Blaulupinen	12.00—13.00
Gelblupinen	13.00—14.00
Serradella	21.00—23.00
Blauer Mohn	65.00—69.00
Rotklee, roh	90—105
Inkarnatklee	—
Rotklee (95—97%)	115—125
Weissklee	85—125
Schwedenklee	150—180
Gelbklee, entschält	65—75
Wundklee	65—75
Engl. Raygras	60—70
Speisekartoffeln	—
Fabrikkartoffeln in Kiloprozent	—
Leinkuchen	24.75—25.00
Rapskuchen	20.25—20.50
Sonnenblumenkuchen	24.50 - 25.50
Weizenstroh, lose	1.90 —2.15
Weizenstroh, gepresst	2.40—2.65
Roggenstroh, lose	2.00—2.25
Roggenstroh, gepresst	2.75—3.00
Haferstroh, lose	2.25—2.50
Haferstroh, gepresst	2.75—3.00
Gerstenstroh, lose	1.90—2.15
Gerstenstroh, gepresst	2.40 -2.65
Heu, lose	4.30—4.80
Heu, gepresst	4.95—5.45
Netzeheu, lose	5.20—5.70
Netzeheu, gepresst	6.20—6.70

Stimmung: ruhig.

Gesamtumsatz: 2649.2 t, davon Roggen 1014, Weizen 436, Gerste 115, Hafer 126 t.

Posener Viehmarkt

vom 3. Februar

(Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Ausgabe)

Auftrieb: 371 Rinder, 1435 Schweine, 433 Kälber, 39 Schafe; zusammen 2278 Stück.

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	64—68
b) jüngere Mastochsen bis zu drei Jahren	56—60
c) ältere	50—54
d) mässig genährte	40—46
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	60—66
b) Mastbullen	54—58
c) gut genährte, ältere	48—52
d) mässig genährte	40—46
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	62—66
b) Mastkühe	54—58
c) gut genährte	44—50
d) mässig genährte	24—34
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	64—68
b) Mastfärsen	56—60
c) gut genährte	50—54
d) mässig genährte	40—46
Jungvieh:	
a) gut genährtes	40—48
b) mässig genährtes	38—40
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	80—82
b) Mastkälber	72—76
c) gut genährte	64—70
d) mässig genährte	54—60

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	66 70
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	54—60
c) gut genährte	—

Schweine:

a) vollfleischige von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	100—102
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	96 98
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	92—94
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	86—90
e) Sauen und späte Kastrate	85—96
f) Fettschweine über 150 kg	—

Tendenz: normal.

Verantwortlich für Politik: Eugen Petrull; für Lokales und Sport: Alexander Jursch; für Wirtschaft und Provinz: Guido Baehr; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Alfred Loake; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrull; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. — Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo. Sämtliche in Poznań, Aleja Marszałka Piłsudskiego 25.

An den Folgen eines Unglücksfalles verschied am 2. d. Mts. mein geliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater,

der Leutnant a. D.

Magnus Graf Schack von Wittenau

im 37. Lebensjahre.

Sophie Charlotte Gräfin Schack von Wittenau
geb. Gräfin von Schlieffen
Magnus Graf Schack von Wittenau
Irmela Gräfin Schack von Wittenau
Heide Gräfin Schack von Wittenau
Sophie Charlotte Gräfin Schack von Wittenau

Karlowice, p. Kobylnica, den 4. Februar 1937.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 6. Februar, nachm. 3 Uhr in Wierzonka statt.

Unerwartet infolge eines Unglücksfalles verschied unser Mitglied, Herr

Magnus Graf Schack von Wittenau

in Karlowice.

Der Verstorbene war unserer Ortsgruppe stets ein treues und hilfsbereites Mitglied. Wir werden sein Andenken über das Grab hinaus in Ehren halten.

Deutsche Vereinigung
Ortsgruppe Schwersenz.

Durch Unglücksfall verloren wir am 2. Februar unseren sehr verehrten und wohlwollenden Chef, Herrn

Grafen

Magnus Schack von Wittenau

So wie er bei Lebzeiten in Treue zu uns gestanden, so wollen wir über das Grab hinaus ihm die Treue halten und in seinem Sinne weiterhin schaffen.

Die Beamten der Herrschaft Wierzonka.



Verein Deutscher Sänger
Ortsgruppe Posen.

Unser Ehrenmitglied

Herr Stefan Librowski

ist unerwartet verschieden.

Der Verstorbene hat über 50 Jahre dem deutschen Liede die Treue gehalten. Sein Andenken wird in unseren Reihen fortleben

Der Vorstand.

Treffpunkt der Sänger am Freitag, dem 5. Februar 1937, nachmittags 4 Uhr an der Leichenhalle des St. Lukasfriedhofes, ulica Grunwaldzka

---

Am 2. Februar verschied unerwartet infolge eines Unglücksfalles der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Herr

Magnus Graf Schack von Wittenau

Karlowice.

Der Verstorbene hat uns stets mit Rat und Tat beigestanden. Wir werden diesem aufrechten und hilfsbereiten Manne über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsgruppe Schwersenz der Welage
Dalbkermeyer
Stellv. Vorsitzender.

Wir erhalten die erschütternde Kunde, daß durch einen tragischen Unglücksfall

unser Mitglied

Graf Schack von Wittenau

Karlowice

Vorsitzender der Ortsgruppe Schwersenz

in die ewige Heimat abberufen wurde.

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen Mann von Herzensgüte und Charakter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Welage, Kreisgruppe Posen
Lorenz-Kurowo.



Gottesdienstordnung für die kath. Deutschen
vom 6. bis 13. Februar 1937.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7.30 Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Amt mit Predigt (Armensammlung); 3 Uhr: Rosenkranz und hl. Segen. 5 Uhr: Generalversammlung des Marienvereins. Montag, 4 Uhr: Generalversammlung des Frauenbundes. 7.30 Uhr: Generalversammlung des Gesellenverein. Dienstag, 7.30 Uhr: Mädchengruppe. Mittwoch (Aschermittwoch), 8 Uhr: hl. Messe (Auflegung der Asche). Donnerstag, 7.30 Uhr: Kirchenchor.

In der Fastenzeit sind alle Tage Fasttage. Mittwoch, Freitag und Sonnabend auch Abstinenztage.

